

Nach der US-Wahl: Handlungsspielräume der deutsch-amerikanischen Kulturbeziehungen

Knüpfer, Curd

Veröffentlichungsversion / Published Version

Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Knüpfer, C. (2017). *Nach der US-Wahl: Handlungsspielräume der deutsch-amerikanischen Kulturbeziehungen*. (ifa-Edition Kultur und Außenpolitik). Stuttgart: ifa (Institut für Auslandsbeziehungen). <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-54691-4>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>



ifa-Edition Kultur und Außenpolitik

Nach der US-Wahl

Handlungsspielräume der
deutsch-amerikanischen Kulturbeziehungen

Curd Knüpfer

ifa-Edition Kultur und Außenpolitik

Nach der US-Wahl

Handlungsspielräume der deutsch-amerikanischen Kulturbeziehungen

Curd Knüpfer

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	4
Zusammenfassung	5
Executive Summary	6
1. Einleitung	11
1.1 Profil der Trump-Wählerschaft und Überblick zu treibenden politischen Kräften	12
1.2 Neue Medien und die Zukunft der amerikanischen <i>Public Diplomacy</i>	18
2. Überblick zu gegenwärtigen Entwicklungen in den transatlantischen Beziehungen	21
2.1 Daten zu deutsch-amerikanischen Beziehungen.....	21
2.2 Haushaltsvorschläge und erste politische Entscheidungen.....	22
2.3 Deutschland in Trumps Rhetorik	28
2.4 Mögliche Umstrukturierung des <i>US Department of State</i>	33
3. Umfragebasierte Datenerhebung zentraler Akteure und Institutionen	38
3.1 Fallauswahl und Konzept.....	39
3.2 Ergebnisse und Analyse der Expertenumfrage.....	40
3.2.1 Institutionen/Organisationen und Akteure	40
3.2.2 Wahrnehmung.....	41
3.2.3 Implikationen.....	43
3.2.4 Anpassung von Inhalten und Außenwirkung	46
3.2.5 Schwerpunktsetzung	48
3.2.6 Politische Forderungen.....	49
3.2.7 Sonstige Anmerkungen/Feedback	51
4. Handlungsspielräume und Hindernisse	53
Ausgewählte Literatur	56
Anhang	61
Zum Autor	64

Vorwort

„Künstler boykottieren Trump“, „Rücktritt des Gremiums der Künste und Geisteswissenschaften“, „Travel ban“, „Fake News“ – seit Beginn seiner Amtszeit reißen die Schlagzeilen über die Politik und die Person des US-Präsidenten Donald Trump nicht ab. Von seiner Politik sind unter anderem auch Kunst, Kultur, Wissenschaft und Medien betroffen.

Welche Auswirkungen hat die aktuelle Politik Trumps auf die deutsch-amerikanischen Kulturbeziehungen? Vor welchen Herausforderungen stehen Kulturakteure? Welche Strategien sollte die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik im transatlantischen Verhältnis verfolgen?

In der vorliegenden Studie wird Trumps Rhetorik zu Deutschland sowie die Einschätzung von Kulturakteuren bezüglich der Auswirkung der Präsidentschaft Trumps auf die bilateralen Kulturbeziehungen zwischen den USA und Deutschland untersucht, um daraus mögliche Hindernisse zu identifizieren und Potenziale für die weitere AKBP zu entwickeln.

Die Studie ist im Rahmen des ifa-Forschungsprogramms „Kultur und Außenpolitik“ entstanden. Curd Knüpfer, dem Autor der Studie, möchte ich auf diesem Wege herzlich für seine ausgezeichnete Arbeit und sein Engagement für dieses Forschungsprojekt danken. Mein Dank gilt auch der Leiterin des ifa-Forschungsprogramms Odila Triebel sowie Sarah Widmaier und Isabell Scheidt, die das Projekt konzeptionell und redaktionell begleitet haben.

Das ifa engagiert sich weltweit für ein friedliches und bereicherndes Zusammenleben von Menschen und Kulturen. Es fördert den Kunst- und Kulturaustausch in Ausstellungs-, Dialog- und Konferenzprogrammen. Als Kompetenzzentrum der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik vernetzt es Zivilgesellschaft, kulturelle Praxis, Kunst, Medien und Wissenschaft. Das geplante Deutschlandjahr in den USA 2018/19 birgt die Chance mit zahlreichen Projekten und Partnern die deutsch-amerikanischen Kultur- und Wissenschaftsbeziehungen gezielt zu vertiefen und auszubauen.

Ihr

Ronald Grätz,

Generalsekretär des ifa (Institut für Auslandsbeziehungen)

Zusammenfassung

Bereits in den ersten Tagen seiner Amtszeit zeichnete sich ab, dass die Präsidentschaft Donald Trumps wohl zu einer Belastungsprobe für die transatlantischen Beziehungen werden wird. Für die Bundesrepublik Deutschland und Institutionen, die im Bereich des Kultur- und Bildungswesens aktiv sind, stellt sich dabei die Frage, wie der Dialog und kulturelle Austausch zwischen den Partnern in Zukunft neu ausgerichtet werden wird. Die vorliegende Studie untersucht mögliche Auswirkungen der jüngsten US-Präsidentenwahl auf die Kulturbeziehungen zwischen den USA und Deutschland. Sie bietet dazu einen Überblick zur Wählerschaft Trumps und gegenwärtigen politischen Entwicklungen, die sich auf die US-amerikanische Außenkulturpolitik auswirken können. Zudem werden empirische Ergebnisse präsentiert, die sich mit Trumps Rhetorik zu Deutschland befassen. Eine Expertenbefragung unter relevanten institutionellen Akteuren, die zwischen Ende April bis Anfang Mai 2017 stattfand, beleuchtet deren Einschätzungen und Reaktionen. Abschließend werden einige Prognosen und Handlungsvorschläge für die künftige Auswärtige Kulturpolitik entwickelt.

Executive Summary

Die Wahl Donald Trumps zum 45. Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika war für viele politische Beobachter absolut überraschend und lässt die Zukunft der transatlantischen Kulturbeziehungen zunehmend ungewiss erscheinen. Aus diesem Anlass will die vorliegende Studie einen ersten Überblick zu gegenwärtigen und möglichen Entwicklungen bieten, um hieraus Prognosen entwickeln zu können.

Die Wahlbeteiligung lag auch 2016 trotz des langen und stark polarisierenden Wahlkampfes nur bei knapp 60 Prozent. Donald Trump konnte keine Mehrheit der Wählerstimmen gewinnen und ist mit historischen Tiefstwerten in Bezug auf die gesamte öffentliche Zustimmung ins Amt gestartet. Sein Mandat ist daher vergleichsweise schwach. Es ist anzunehmen, dass er trotz republikanischer Mehrheiten im Kongress Schwierigkeiten haben wird, seine „*America First*“-Agenda ohne erhebliche Widerstände durchzusetzen.

Im Wahlkampf 2016 zeichnete sich bei Teilen der *white working class* ein überraschender Wandel ab. Sie wechselten in entscheidenden Bundesstaaten die politischen Lager von den Demokraten hin zu Trump und den Republikanern. Hierfür waren vornehmlich auch Verlustängste und Sorgen über kulturellen Wandel ausschlaggebend. Dies trat zwar überraschend ein, sollte in Hinblick auf die zukünftigen Kulturbeziehungen aber auch nicht überbewertet werden: Im Gesamtüberblick zur amerikanischen Bevölkerung stellt diese Gruppe eine verhältnismäßig kleine Minderheit dar.

Neue Medien und deren Nutzung durch politische Akteure wie Donald Trump können die Kulturbeziehungen belasten und Kulturpolitik und *Public Diplomacy* erschweren, da hierdurch erprobte Kommunikationsprozesse umgangen werden. Dies zeigt sich etwa durch die Nutzung der Plattform Twitter, durch welche der Präsident eine globale Öffentlichkeit direkt erreichen kann.

Die transatlantischen Beziehungen sind für Deutschland wie die USA ein wichtiger Bestandteil der Außen- und Handelspolitik. In beiden Ländern war das Ansehen des jeweils anderen während der Amtszeit Obamas gestiegen. Umfragewerte aus Deutschland zeigen, dass man hier mit einer überwältigenden Mehrheit eine Präsidentschaft Hillary Clintons bevorzugt hätte und Trump sehr skeptisch gegenübersteht.

Bereits Trumps erste Amtshandlungen deuteten an, dass er viele seiner im Wahlkampf angekündigten Haushaltskürzungen und Einreisebeschränkungen unmittelbar durchzusetzen suchte. Dabei kamen ihm jedoch zum einen der Kongress, zum anderen die Bundesgerichte in die Quere. Die aktuelle *spending bill* des Kongresses entspricht nicht

dem von Trump geplanten Haushalt 2018. Es bleibt also (a) zu erwarten, dass sich im kommenden Haushaltsjahr noch Verschiebungen im Bundesbudget der USA ergeben werden, die mehr in Richtung der von der Administration angestrebten Kürzungen gehen könnten, aber dass (b) sich diese drastischen Forderungen in ihrer ursprünglich artikulierten Höhe wohl kaum durchsetzen lassen werden, da auch Republikaner im Kongress diese eher mit Argwohn betrachten. Das „*America First*“-Dokument ist somit wohl als eine Art Maximalforderung anzusehen, mit der die Trump-Regierung in die Verhandlungen eintritt. Ihre Interessen, massive Einsparungen vorzunehmen und den Fokus auf eine Erhöhung des Verteidigungshaushalts zu legen, sind somit klar ersichtlich und eine gewisse Tendenz in diese Richtung wird sich auf Dauer kaum vermeiden lassen.

Während des Wahlkampfs kultivierte Trump ein sehr negatives Deutschlandbild und kritisierte immer wieder die Flüchtlingspolitik der Bundesregierung sowie die vermeintlich zu niedrigen deutschen Ausgaben für das Verteidigungsbündnis NATO. Mit Amtsantritt änderten sich der Tonfall und die Themensetzung, wenn Trump über Deutschland sprach. Seine Rhetorik fiel nun deutlich positiver aus.

In Bezug auf die künftige Ausrichtung des US-Außenministeriums und diverser *Public Diplomacy*-Programme herrscht derweil noch Unklarheit, vor allem da das künftige Budget noch nicht finalisiert ist und viele Stellen im *State Department* auf absehbare Zeit unbesetzt bleiben. Ob dies politisch gewollt oder Ausdruck von mangelnder Erfahrung der antretenden Administration zu werten ist, ist selbst für erfahrene Beobachter derzeit nicht klar ersichtlich.

Umfrageergebnisse

Eine systematische Umfrage, an der sich diverse Institutionen, die im Bereich der Kulturbeziehungen tätig sind, beteiligten, offenbart deutliche Skepsis gegenüber der neuen Regierung und prognostiziert zu 66 Prozent eine Verschlechterung des deutsch-amerikanischen Verhältnisses. Ebenfalls knapp zwei Drittel der befragten Institutionen sehen bereits Auswirkungen der Trump-Präsidentschaft auf Ihre Arbeit. Dieser Wandel drückt sich zum einen in starker Verunsicherung zur Zukunft der transatlantischen Beziehungen und bezüglich der Verlässlichkeit der USA als Partner aus. Zum anderen werden eine gestiegene Nachfrage in den jeweiligen Tätigkeitsbereichen verzeichnet, zunehmendes Interesse der Öffentlichkeit und die Formulierung von Dialog- und Gesprächsbedarf. Perspektivisch erwarten die meisten Institutionen Kürzungen der Finanzmittel seitens der US-Regierung, eine mögliche Schwächung öffentlicher Institutionen in Kultur und Bildung sowie Rückgänge in Bewerberzahlen für die USA, jedoch eine Zunahme von Bewerbungen aus den USA für Austauschprogramme. Eine Verschiebung der inhaltlichen Ausrichtung wurde bei den meisten der befragten Institutionen noch nicht vorgenommen.

Die Institutionen, die schon Änderungen vorgenommen haben, erwarten vor allem eine Intensivierung der eigenen Tätigkeit unter Berücksichtigung neuer Zielgruppen. Eine sehr starke Varianz ergab die Frage nach den drei wichtigsten Themen für künftige Kulturbeziehungen zwischen den USA und Deutschland. Mehrere Antworten betonen die Bedeutung von Kontinuität und Pflege der transatlantischen Beziehungen, Austausch und Erhalt der Mobilität sowie eine verstärkte Bedeutung der Zivilgesellschaft. Es wurden auch thematische Schwerpunkte genannt, wie Klimaschutz, Populismus und neue Medien sowie Bildung und Wissenschaft. Als politische Forderung an die deutsche AKBP wird für die weitere oder zunehmende Unterstützung der laufenden Programme plädiert. Dabei werden keine neuen Ziele formuliert, sondern die bestehenden gestärkt. Für die künftige deutsche Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik empfiehlt es sich, die vielfältigen bestehenden Programme und Institutionen weiterhin zu unterstützen und zu stärken.

Handlungsspielräume und Hindernisse

In vielerlei Hinsicht ist es noch zu früh, um eine Bilanz über den Umschwung und die Implikationen einer neuen US-Politik zu ziehen. Dennoch zeichnen sich bereits mögliche Tendenzen ab, die sich benennen und in Zukunft weiterhin beobachten lassen. Insgesamt scheint der Verlauf und Ausgang der US-Präsidentenwahl zu einer großen Verunsicherung im Bereich der Auswärtigen Kulturpolitik und den Kulturbeziehungen geführt zu haben. In den präsentierten Meinungsumfragen sowie in der hier durchgeführten Expertenbefragung gab es somit wenige bis gar keine Stimmen, die die Wahl Donald Trumps zum US-Präsidenten als eine begrüßenswerte Entwicklung in Hinblick auf die transatlantischen Beziehungen deuten würden.

Auf deutscher Seite existiert ein relativ breites Spektrum an Programmen des Kultur- und Bildungsaustauschs, welche verstärkt und ausgebaut werden könnten. So gab Mitte Juni 2017 etwa das Goethe-Institut bekannt, dass die Kulturarbeit in den USA intensiviert werden soll. Ebenso ist Deutschland im Vergleich zu anderen europäischen Ländern nach wie vor der aktivste Ort für die gegenwärtig noch bestehenden, amerikanischen *Public Diplomacy*-Programme.

Mit dem aktuellsten Haushaltsentwurf der Trump-Administration wird klar, wo die Prioritäten der Exekutive gesetzt werden: Kulturpolitische Programme, so wie die Geisteswissenschaften und Kunstprojekte sollen rigoros gestrichen werden. Gerade in Institutionen des öffentlichen Rundfunks, der Wissenschaft oder den Künsten mag die Regierung Widersacher und Kritik an der eigenen Politik ausmachen. Es ist nicht auszuschließen, dass diese Wahrnehmung über kurz oder lang auch weitere Institutionen trifft, die sich als kritisch oder für die Durchsetzung der politischen Agenda der Trump-Regierung hinderlich erweisen.

In Anbetracht dieser Beobachtungen ergeben sich für Institutionen und Akteure, die in der transatlantischen Kulturpolitik tätig sind, im Wesentlichen zwei Optionen von Wandel oder Kontinuität. Erste könnte in dem Versuch liegen, sich den neuen Realitäten anzupassen. Dies würde bedeuten, auf die neue Administration zuzugehen, sich auf ihre Forderungen und Zielsetzungen einzulassen und gute Kontakte zur neuen republikanischen Führungsriege zu etablieren. Die zweite grundsätzliche Option für die Auswärtige Kulturpolitik besteht in der Wahrung von Kontinuität und somit einer Haltung des Aushaltens. In diesem Fall bestünde die Gefahr, von der US-Regierung als oppositionell wahrgenommen zu werden: Nicht etwa weil die eigene Linie sich verschiebt, sondern weil die politischen Ziele der Trump-Regierung in Teilen wohl unweigerlich mit den Grundpfeilern liberaler Institutionen, der transatlantischen Partnerschaft und der westlichen Wertegemeinschaft in Konflikt geraten könnte.

Die deutsch-amerikanischen Kulturbeziehungen sind größer als spezifische und temporäre politische Inhalte. Bei der Pflege besagter Beziehungen wäre darauf zu achten, dass es nicht um die punktuelle Kommunikation einzelner Informationen gehen kann, sondern eher um eine Stärkung der in diesem diversen Bereich tätigen Institutionen, welche sich je nach Schwerpunkt mit vollkommen unterschiedlichen Formen des Austauschs beschäftigen können. Es wäre in Anbetracht der oben angesprochenen Dynamiken und Gefahren der Politisierung daher nicht zwangsläufig von Vorteil neue Kommunikationskanäle zu suchen, um gezielter auf bestimmte Sachlagen oder Inhalte hinzuweisen. Ein vielversprechenderer Ansatz wäre es, bereits existierende Institutionen zu unterstützen und deren Arbeit zu erleichtern – was möglicherweise automatisch und je nach Fall und Teilbereich zu einer gewissen inhaltlichen Neuausrichtung bzw. einer Verschiebung führen kann, da sich das Gegenüber (und die US-Regierung) in seinen Ausrichtungen verschiebt. Bereits bestehende transnationale Netzwerke sollten weiter genutzt und unterstützt werden, um den Austausch von Ideen und Perspektiven zwischen den Bevölkerungen zu gewährleisten. Aufgrund der relativ hohen Popularität und des guten Images, welches Deutschland in breiten Teilen der Bevölkerung genießt, ist es besonders lohnenswert sich als Vermittler zwischen europäischen und amerikanischen Werten zu positionieren.

In der Kommunikationspolitik ist es möglicherweise sinnvoller, in bereits bestehende Diskurse und Debatten einzutreten, statt sich als neuer Akteur zu etablieren. So sollten beispielsweise Kommunikationsangebote, die sich gezielt an ein Republikanisches Publikum wenden möchten, nicht als Alternative zu den existierenden Medien darstellen, sondern eher darauf ausgelegt sein, Inhalte der bereits etablierten Informationskanäle

mitzuprägen. Dies kann geschehen, indem man Kooperationen zu diversen journalistischen Institutionen aufbaut und pflegt, statt mit diesen in Konkurrenz treten zu wollen.

Deutsche Akteure und Institutionen könnten inneramerikanische Debatten ergänzen und diskursive Positionen einnehmen, die anderen Quellen verwehrt blieben, wie zum Beispiel zu Innovation und nachhaltigen Energien, zum deutschen Gesundheitssystem oder den Aspekten des zivilen Widerstands gegen politische Entwicklungen, die sich aus der deutschen historischen Erfahrung speisen. Um dies zu bewirken, müsste jedoch wohl überlegt sein, wie und wo derartige Informationen zur Verfügung gestellt werden. Das Publikum im mittleren Westen zu erreichen, ist schon aufgrund der Nachrichtenversorgung und den kulturpolitischen Infrastrukturen ein schwieriges Unterfangen. Deshalb sollte die künftige Auswärtige Kulturpolitik vor allem Zugang zu Informationen und den Austausch aufrechterhalten.

Es bleibt indessen zu bezweifeln, dass die relativ kleine Bevölkerungsgruppe, welche durch ihre Wahlbeteiligung in einzelnen Schlüsselstaaten und ausschlaggebenden Wahlkreisen Trump zum Sieg verhelfen konnte, an kulturellem Austausch oder ausländischen Informationsformaten Interesse zeigen würde. Wie zu Beginn dieser Studie aufgezeigt, scheint gerade in der wahrgenommenen Überfremdung und der Angst eines Verlustes der eigenen amerikanischen kulturellen Werte ein Hauptfaktor und Antrieb für deren Unterstützung von Trump zu liegen. Die Etablierung neuer Kommunikationskanäle durch deutsche Institutionen hätte möglicherweise kaum Aussicht auf Erfolg, wenn es darum ginge, diese mit dem politischen System hochgradig frustrierte Bevölkerungsgruppe mit den eigenen Informationsangeboten direkt anzusprechen oder gar punktuell zu anderen politischen Ansichten zu bewegen.

Für die amerikanische Form der *Public Diplomacy* wird eine Schmälerung der Rolle des *State Departments* prognostiziert, gleichzeitig aber auch, dass die Missionen vor Ort aber nach wie vor enorm wichtig und flexibel sein werden. In diesem Sinne ist es ebenfalls sinnvoll, auf institutioneller Ebene den Blick über den Tellerrand des amerikanischen Außenministeriums und der Trump-Administration hinweg zu schärfen. Dies könnte etwa auf Ebene der Bundesstaaten geschehen oder den Ausbau bestehender Kontakte zum Kongress beinhalten. Ebenso sind gemeinsame Austauschprogramme oder Städtepartnerschaften auf institutioneller Ebene zu begrüßen.

1. Einleitung

Die Wahl Donald Trumps zum 45. Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika war für viele politische Beobachter absolut überraschend. Nicht nur hatten Umfragewerte nahezu kontinuierlich seine demokratische Konkurrentin Hillary Clinton als klare Favoritin ausgemacht, Trump brach während des Wahlkampfs wiederholt mit Konventionen und leistete sich Fehlritte, die in vergangenen Wahlkämpfen wohl noch zu einem vorzeitigen Ausscheiden oder einer vernichtenden Niederlage geführt hätten.

Gerade in Deutschland war das Bild von Donald Trump sehr negativ: Einer Umfrage des ZDF Politikbarometers im Oktober 2016 zufolge, befürworteten 90 Prozent der Deutschen Clinton als US-Präsidentin, während sich nur 4 Prozent für Trump aussprachen – ein niedrigerer Prozentsatz als der derjenigen, die auf die Frage keine Antwort wussten (sechs Prozent) (ZDF Politikbarometer 2016a). Dieses mehr als eindeutige Ergebnis wird gerade dadurch nachvollziehbar, dass Trumps demokratischer Amtsvorgänger Barack Obama von 85 Prozent der Deutschen als „ein guter Präsident“ bewertet wurde, während nur sechs Prozent ihn als einen „schlechten Präsident“ einstufen (Statista 2016: 43).

Einerseits haben Republikaner wohl spätestens seit der Amtszeit von George W. Bush einen schweren Stand innerhalb der deutschen öffentlichen Wahrnehmung. Andererseits waren die populistische Rhetorik sowie die nationalistischen politischen Forderungen Trumps im Wahlkampf eindeutig auf die innenpolitische Basis ausgerichtet und nahmen daher wenig Rücksicht auf die Empfindlichkeiten ausländischer Bevölkerungen. Ein Auftritt Trumps vor der Siegestsäule in Berlin, wie von Barack Obama im Wahlkampf 2008 noch vorgelegt, wäre von daher in dieser politischen Konstellation schier undenkbar gewesen. In Folge des Wahlergebnisses kam die Überraschung daher auch aus inhaltlicher Sicht einem Schock gleich, der die Zunft der Politologen und politischen Beobachter mit ihren Methoden hinterfragen ließ und die Zukunft der transatlantischen Kulturbeziehungen zunehmend ungewiss erscheinen lässt. Aus diesem Anlass will die vorliegende Studie einen ersten Überblick zu gegenwärtigen und möglichen Entwicklungen bieten, um hieraus Prognosen und Handlungsvorschläge entwickeln zu können.

Das erste Kapitel untersucht zum einen die politischen Rahmenbedingungen und Verschiebungen, die zu Trumps überraschendem Wahlsieg beigetragen haben. Ferner werden einige der aktuellen Entwicklungen in Hinblick auf politische Polarisierung und künftige Formen der *Public Diplomacy* angerissen. Kapitel zwei bietet einen kurzen Überblick zu den aktuellen Beziehungen zwischen Deutschland und den USA sowie den bereits angekündigten politischen Entscheidungen, die direkte Auswirkungen auf die Kul-

turbeziehungen der zwei Länder haben könnten. Kapitel drei präsentiert die Ergebnisse einer Datenerhebung in Form einer Expertenumfrage, die Anfang Mai 2017 mit für die deutsch-amerikanischen Kulturbeziehungen relevanten Institutionen und Akteuren durchgeführt wurde, um deren Einschätzungen und erste Erfahrungen im jeweiligen Tätigkeitsbereich zu erhalten und deren Forderungen an bzw. Vorschläge für die Auswertige Kultur- und Bildungspolitik abzufragen. Abschließend werden Prognosen und mögliche Szenarien entwickelt, aus denen sich Handlungsvorschläge für die deutsche Außenpolitik in der Ära Trump ableiten lassen.

1.1 Profil der Trump-Wählerschaft und Überblick zu treibenden politischen Kräften

Donald Trump gewann am 8. November 2016 die US-Präsidentschaft, indem er sich mit 306 zu 232 Wahlmännerstimmen im *Electoral College* gegen seine demokratische Kontrahentin Hillary Clinton durchsetzen konnte. Trump gewann dabei mit 53 Prozent zu 41 Prozent mehr Stimmanteile bei Männern, während dieses Verhältnis bei Frauen mit 54 Prozent zu 42 Prozent zu Gunsten Clintons ausfiel. Ebenso punktete Clinton deutlich bei der jüngeren Generation (unter 24 Jahre), die mit 56 Prozent zu 35 Prozent für sie stimmte. In der Alterskohorte 65+ lag Trump hingegen mit 53 Prozent zu 45 Prozent vorn. Clinton konnte wiederum bei den höheren Bildungsschichten punkten und gewann hier 52 Prozent zu 43 Prozent der Stimmen. Auch insgesamt erhielt Clinton mit 48,2 Prozent zu 46,1 Prozent einen höheren Stimmanteil. In absoluten Zahlen ausgedrückt sind das 65,84 zu 62,98 Millionen Stimmen zu Gunsten Clintons: Knapp drei Millionen mehr Bürger¹ der USA wählten also die Demokratin.²

Donald Trump ist somit nach Rutherford Hayes (1876), Benjamin Harrison (1888) und George W. Bush (2000) der vierte Präsident in der Geschichte der Vereinigten Staaten, der zwar keine Mehrheit der Wählerstimmen erhielt, aber dank des *„Winner-takes-all“-*Prinzips auf Staatenebene und einer daraus resultierenden höheren Anzahl von Wahlmännerstimmen dennoch den Wahlkampf gewann.

Die Analyse der Stimmverteilung zeigt also, dass der Wahlsieg Trumps auch den Besonderheiten des amerikanischen Wahlsystems geschuldet ist, in welchem kleine Anteile

¹ Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird im Text der einfache Plural benutzt.

² Für einen Überblick zu diesen und weiteren Zahlen zum Ausgang der Wahlen siehe: Komisarenko (2017).

der Gesamtwählerschaft und prozentuale Verschiebungen in Schlüsselstaaten, gewaltige Auswirkungen auf das Gesamtergebnis haben können. Die Wahlbeteiligung lag auch 2016 trotz des langen und stark polarisierenden Wahlkampfs nur bei knapp 60 Prozent. Dies bedeutet, dass es keinesfalls richtig wäre anzunehmen, dass Donald Trump mit der breiten Unterstützung der amerikanischen Bevölkerung sein Amt antrat. Der zweifelsohne überraschende Wahlerfolg sollte nicht als Ausdruck eines radikalen Wandels innerhalb der gesamten amerikanischen Öffentlichkeit gedeutet werden. Da das wahrgenommene Mandat zu Beginn des Amtsantritts nicht so eindeutig war, wie es mit einer Mehrheit der Stimmen möglicherweise gewesen wäre, mag dieser Ausgang auch Einschränkungen in der Ausübung des Amts mit sich bringen.

Ferner ist zu betonen, dass Trumps 46 Prozent der Stimmen einen geringeren Anteil ausmachen als der von Mitt Romney, welcher 2014 gegen Barack Obama noch mit 47 Prozent zu 51 Prozent unterlag. 2008 galt der republikanischer Kandidat John McCain mit gerade einem Prozentpunkt weniger als Trump (45,5 Prozent) noch als deutlicher Verlierer. Der politische Kommentator Matthew Yglesias bezeichnet die Trump Wählerschaft daher sicherlich nicht zu Unrecht als „*the most overrated force in American politics*“ (2017). Er schlägt dabei eine sinnvolle Unterscheidung zwischen drei Wählertypologien vor:

Die erste Gruppe seien diejenigen Republikaner, die im Vorwahlkampf für Trump mobil wurden, wobei es sich um etwa 45 Prozent aller republikanischen Vorwahlkampfteilnehmer handele – nur rund 14 Millionen Amerikaner, die sich als die aktive Trump Basis bezeichnen ließen. Die zweite Gruppe sei die breite Masse an Republikanern, die vorrangig aus Parteiloyalität für Trump stimmten, genauso wie sie dies für einen anderen Kandidaten der Republikanischen Partei getan hätten oder in Zukunft wahrscheinlich tun werden. Als dritte Gruppe benennt Yglesias den Anteil der Wählerschaft, die als „*Swing Voters*“ von den Demokraten zu den Republikanern überliefen. Diese letzte Gruppe sei auf unvorhergesehene Art und Weise wahlentscheidend gewesen, da der marginale Bonus in entscheidenden *Counties* einen großen Einfluss auf die Verteilungen innerhalb des *Electoral College* gehabt habe. Nichtsdestotrotz handelt es sich um eine sehr geringe Minderheit, deren Einfluss nicht überbewertet werden sollte. Yglesias merkt dazu ferner an, dass in einer Umfrage aus dem Frühjahr 2017 zwar noch immer 96 Prozent aller Trump-Wähler ihre Entscheidung nicht bereuten. Diese minimale Verschiebung von vier Prozentpunkten, sei dabei jedoch schon signifikant: „*If 4 percent of Trump voters had stayed home rather than voting Trump, he would have lost Wisconsin, Michigan, Pennsylvania, and the White House*“ (Yglesias 2017).

1. Einleitung

Für bevorstehende Wahlkämpfe wird also wichtig sein zu beobachten, ob (a) diese marginale Wählerschaft den Republikanern treu bleibt und es (b) den Demokraten gelingt, einen kleinen aber entscheidenden Anteil an zusätzlichen Stimmen zu erlangen, indem die breite Masse der Trump-Gegner in zentralen Wahlkreisen besser mobilisiert und die Wahlbeteiligung unter Demokraten sich so insgesamt erhöhen lässt.

Es mag sich also gerade in Hinblick auf 2018 und die nächste Wahl – die „*Midterms*,“ bei denen das gesamte Abgeordnetenhaus und ein Drittel des Senats neu gewählt werden – die Frage stellen, wie sich diese Verschiebungen auf die gegenwärtigen Mehrheiten im Kongress und somit auch auf die restliche Amtszeit Trumps auswirken. Momentan besetzen die Republikaner im Repräsentantenhaus 241 zu 194 und im Senat 52 zu 48 Sitzen. Generell werden *Midterm Elections* aber auch als eine Art Gratmesser für die Popularität des Präsidenten gesehen. Nimmt man aktuelle Umfragewerte ernst (wobei man sich natürlich unbedingt an die Fehleinschätzungen aus 2016 erinnern sollte), so würden diese derzeit ein eher düsteres Bild für die *Grand Old Party* unter Trump zeichnen:

Verglichen mit allen Präsidenten seit Eisenhower, welche durch Wahlen an die Macht kamen,³ trat Trump das Amt nicht nur mit historischen Tiefstwerten (45 Prozent) in den Umfrageergebnissen an, sondern hatte sich nach den ersten hundert Tagen noch zusätzlich um vier Prozent verschlechtert. Einen derartigen Tiefpunkt von 41 Prozent Zustimmung versus 55 Prozent Ablehnung innerhalb der Bevölkerung hat es seit Beginn dieser Aufzeichnungen noch nicht gegeben, wie Tabelle 1 eindrucksvoll aufzeigt.

³ Dies schließt Johnson und Ford aus, die jeweils als Vizepräsidenten in ihre (erste) Amtszeit eintraten.

1. Einleitung

Presidential Job Approval Ratings Following the First 100 Days <i>Eisenhower - Trump</i>							
Year	Interview Dates	President	% Approval	% Disapproval	% No Opinion	Initial Approval	% Change
1953	Apr. 19-24	Dwight D. Eisenhower	73	10	17	68	5
1961	Apr. 28-May 3	John Kennedy	83	5	12	72	11
1969	May 1-6	Richard Nixon	62	15	23	59	3
1977	Apr. 29-May 2	Jimmy Carter	63	18	19	66	-3
1981	May 8-11	Ronald Reagan	68	21	11	51	17
1989	May 4-7	George Bush	56	22	22	51	5
1993	Apr. 22-24	William J. Clinton	55	37	8	58	-3
2001	Apr. 20-22	George W. Bush	62	29	9	57	5
2009	Apr. 28-30	Barack Obama	65	29	6	68	-3
2017	Apr. 28-30	Donald J. Trump	41	55	4	45	-4
*data includes only presidents inaugurated following election data compiled from the Gallup Poll							

Citation: Gerhard Peters. "Presidential Job Approval Ratings Following the First 100 Days." *The American Presidency Project*. Ed. John T. Woolley and Gerhard Peters. Santa Barbara, CA: University of California. 1999-2017. Available from the World Wide Web: http://www.presidency.ucsb.edu/data/100days_approval.php.

Tabelle 1: „Presidential Job Approval Ratings Following the First 100 Days“ (Peters 1999-2017)

Dennoch bleibt festzustellen, dass sich 2016 eine wohl wahlentscheidende Verschiebung innerhalb der US-amerikanischen Bevölkerung abgezeichnet hat, die genauer zu untersuchen und erklären wäre. Nate Cohn, Datenexperte bei der New York Times, merkt hierzu an, dass es nicht etwa nur eine niedrige Wahlbeteiligung bei der eigenen Anhängerschaft gewesen sei, die Clinton den Sieg gekostet habe – auch wenn diese sich beispielsweise unter der den Demokraten wohlgesonnenen Wählergruppe der Afroamerikanern abzeichnete (Cohn 2017). Stattdessen sei ein ausschlaggebender Faktor das Abwandern großer Anteile der „white working-class voters“ gewesen, welche von den Demokraten zu Trump überliefen:

„Over all, almost one in four of President Obama’s 2012 white working-class supporters defected from the Democrats in 2016, either supporting Mr. Trump or voting for a third-party candidate.“ (Cohn 2017)

Dass Trump mit 62 Prozent deutlich mehr Stimmen von der ländlichen Bevölkerung erhielt ist dabei nicht allzu bemerkenswert, da das sogenannte *Heartland* zwischen den urbanen Küsten tendenziell eher pro-republikanisch wählt. Es zeigt sich aber auch, dass Clinton zwar bei allen Bevölkerungsgruppen und Minderheiten nach Stimmanteilen vorne lag, weiße Amerikaner aber eine entscheidende Ausnahme bildeten, da diese mit 56 Prozent zu 37 Prozent in deutlicher Mehrheit für Trump stimmten (Komisarenko 2016).

Eine beachtenswerte Studie wurde hierzu Anfang Mai 2017 von der unabhängigen Forschungseinrichtung *Public Religion Research Institute* (PRRI) in Kooperation mit dem Nachrichtenmagazin *The Atlantic* veröffentlicht (Cox et al. 2017). Die Studie untersucht

1. Einleitung

mögliche Verbindungen und Korrelationen zwischen der Trump-Wählerschaft und diversen sozio-ökonomischen Faktoren – gerade in Anbetracht der hier untersuchten Thematik von Kulturbeziehungen. Innerhalb der ‚white working class‘ scheinen neben Parteizugehörigkeit und ideologischer Identifikation besonders Ängste gegenüber Zuwanderern und kulturellem Verlust signifikante Indikatoren für deren Unterstützung Trumps zu sein. Abbildung 1 zeigt auf, wie sehr unterschiedliche Wählergruppierungen sich bei dieser Frage voneinander unterscheiden. Seitens der weißen Arbeiterschaft existiert dabei eine deutlich höhere Tendenz in Richtung kulturellem Protektionismus als innerhalb der Gesamtbevölkerung.

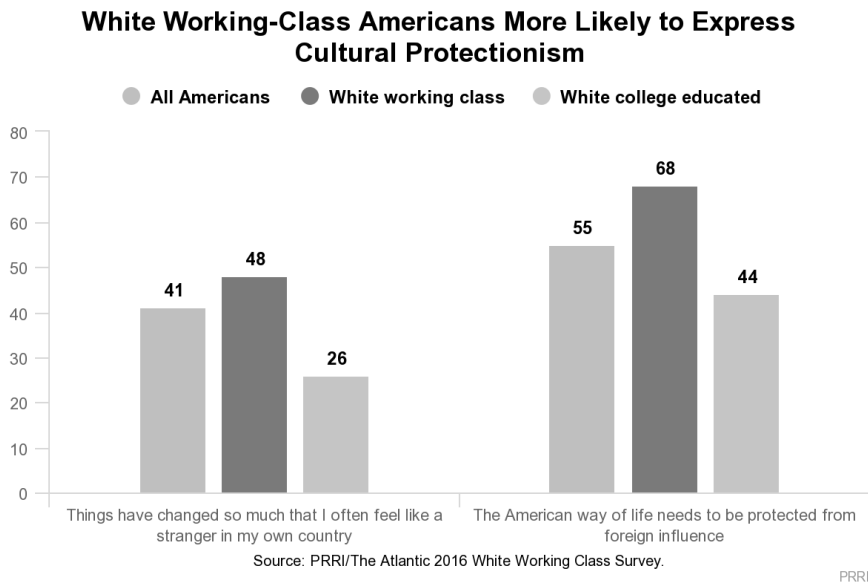


Abbildung 1: „White Working-Class Americans More Likely to Express Cultural Protectionsim“

Diese Faktoren seien dabei deutlich aussagekräftiger als beispielsweise wirtschaftliche Unsicherheit. Zwar zeigt sich dabei, dass „wirtschaftlicher Fatalismus“ eine weit verbreitete Eigenschaft innerhalb der Trump-Basis gewesen zu sein scheint, generell seien wirtschaftliche Notlagen aber eher ein Indikator für Clinton-Wähler. Dies widerspricht der oftmals angeführten These, dass wirtschaftliche Unzufriedenheit einer der ausschlaggebenden Faktoren für die Niederlage der Demokratin gewesen sein muss. Stattdessen zeigt sich, dass gerade eine Angst vor kulturellem Wandel die Trump Wählerschaft motivierte:

1. Einleitung

„white working-class voters who expressed anxieties about cultural change — a composite variable that combined a belief that the U.S. needs to be protected from foreign influence and feelings of being „a stranger in my own country“ — expressed a much stronger preference for Trump than those who did not (79% vs. 43%, respectively).“ (Cox et al. 2017)

Innerhalb der weißen Arbeiterschicht hegen 68 Prozent die Sorge, dass die USA sich im Begriff befinde, ihre Kultur und Identität zu verlieren (für die Gesamtbevölkerung lag diese Zahl bei 55 Prozent und somit ebenfalls überraschend hoch). 62 Prozent dieser Wählerschaft betrachten Einwanderer als eine der Hauptbedrohungen für die amerikanische Kultur, während nur 30 Prozent glauben, dass Neuankömmlinge einen Gewinn für die Gesellschaft darstellen. Ferner gab innerhalb der weißen Arbeiterschicht knapp die Hälfte (49 Prozent) der Befragten an, dass die Präsidentschaftswahl 2016 die letzte Chance sei, den Niedergang der USA aufzuhalten (*„last chance to stop America’s decline“*) (Cox et al. 2017).

Diese Einstellungen spiegeln sich auch in politischen Forderungen wieder: So glauben innerhalb der *„white working class“*-Demographie 68 Prozent, dass der *„American way of life“* vor ausländischen Einflüssen geschützt werden müsse, während diese Zahl bei Weißen mit Hochschulabschluss bei weniger als der Hälfte (44 Prozent) lag. 60 Prozent stimmen der folgenden Aussage zu: *„Because things have gotten so far off track in this country, we need a leader who is willing to break some rules if that’s what it takes to set things right.“* Innerhalb der Gesamtbevölkerung lag die Zustimmung für solch eine autokratische Tendenz bei 49 Prozent und bei Weißen mit Hochschulabschlüssen bei 32 Prozent (Cox et al. 2017).

Eine insgesamt kleine Verschiebung seitens der Wählerschaft reichte dazu aus, den Republikanern und Trump den Sieg im Präsidentschaftswahlkampf zu sichern. Eine der Kerndemographien, auf welche die Demokraten seit Jahrzehnten in ihren Wahlkämpfen zählen konnten, wechselte dabei die politischen Lager. Dies trat zwar überraschend ein, sollte in Hinblick auf die zukünftigen Kulturbeziehungen aber auch nicht überbewertet werden: Im Gesamtüberblick zur amerikanischen Bevölkerung stellt diese Gruppe eine verhältnismäßig kleine Minderheit dar. Ferner bleibt unklar, ob sie auch in künftigen Wahlen den Republikanern oder Populisten wie Trump treu bleiben würden, falls diese ihre Versprechen von radikalem Wandel nicht durchsetzen sollten (oder eben dieser sich als negativ für die eigene Lebenswelt herausstellt).

1.2 Neue Medien und die Zukunft der amerikanischen *Public Diplomacy*

Auch ohne die Wahl von Donald Trump stünden in den transatlantischen diplomatischen Beziehungen und der amerikanischen auswärtigen Kulturpolitik Wandlungsprozesse an.⁴ Wie eine Studie des in Washington angesiedelten *Institute for Public Diplomacy and Global Communication* berichtet, steht die auswärtige Kulturpolitik grundsätzlich vor einem Dilemma: Durch digitale Medien, offene Kommunikationsnetzwerke und neue Formen der Öffentlichkeitsarbeit sind mittlerweile viele Facetten der Innen- und Außenpolitik automatisch auch im Bereich der Kulturpolitik (*Cultural Diplomacy*) und *Public Diplomacy* angesiedelt (Gregory 2014). Die Wahlkampfstrategien von Barack Obama oder Donald Trump mögen bereits ein Indiz dafür sein, dass politische Eliten zunehmend über Social Media-Kanäle den direkten Kontakt zur Öffentlichkeit suchen. Während dies in Wahlkämpfen vornehmlich die eigene Wählerschaft ist, so kann sich nach Amtsantritt schnell offenbaren, ob eine solche Kommunikationsstrategie beibehalten und auch der Kontakt zu einem internationalen Publikum gesucht bzw. sich nicht vermeiden lassen wird. Als einen der Hauptfaktoren des Wandels bezüglich amerikanischer Außen- und Kulturpolitik benennt der Autor der Studie, Bruce Gregory, daher auch die Diffusion von kommunikativer Macht, gekoppelt an verschwimmende Grenzlinien zwischen Innen- und Außenpolitik, welche sich daher auf ein erweitertes Publikum und komplexere Netzwerkbildung einzustellen habe (Gregory 2014: 8-14). In der Tat zeigte sich im Verlauf der ersten Monate von Trumps Amtszeit, dass er den direkten Kommunikationskanal zu einer globalen Öffentlichkeit, den etwa die Plattform Twitter bietet, vom Präsidenten weiterhin sehr aktiv nutzt.

Auch abseits des direkt abrufbaren Twitter-Feeds, erreichte Trumps für ein innenpolitisches Publikum bestimmte Rhetorik auch eine internationale Öffentlichkeit. Die ausländische Berichterstattung scheint dabei sehr aktiv den diversen Aussagen und Amtshandlungen der Trump Regierung zu folgen, was die traditionelle Trennung von Innen- und Außenpolitik bezüglich politischer Kommunikationsabläufe und dem Wechselspiel zwischen Politik und Medien verkompliziert. Das *Columbia Journalism Review* berichtet beispielsweise: „*Trump has [...] taken up an inordinate share of the international news cycle. The tenor of the coverage has been mixed*“ – so wurde Trump etwa in russischen Medien dafür gelobt, das Wort Demokratie in seiner Antrittsrede nicht zu erwähnen, während deutsche

⁴ Auch abseits von technologischem Wandel oder populistischer Rhetorik ist das breite Feld der Kulturbeziehungen von diversen Überlappungen geprägt, in welchen Aspekte der (US-amerikanischen) *Public Diplomacy*, der Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik, sowie der bilateralen Kulturbeziehungen nicht immer eindeutig von einander zu trennen sind. Für einen systematischen Überblick zu diesen Begrifflichkeiten und deren Überschneidungen siehe: Helly (2012).

1. Einleitung

Journalisten und Journalistinnen in Pressekonferenzen durch ihre besonders kritischen Fragestellungen für Aufsehen sorgten (Hepworth 2017).

Hinzu kommt die Tatsache, dass die amerikanische Außenpolitik nach dem Kalten Krieg bekanntlich von den starken Polarisierungstendenzen, die sich spätestens seit den 1990ern zwischen Demokraten und Republikanern abzeichnen, nicht verschont geblieben ist. Mag der sogenannte ‚*Cold War Consensus*‘ einst noch starke Kontinuitätslinien und übergeordnete Interessen zwischen verschiedenen Administrationen forciert haben, so scheint dies im heutigen politischen Klima kaum noch möglich zu sein. Die Entscheidung Trumps, sämtliche Botschafter der Obama Regierung pünktlich zu seinem Amtsantritt abzubestellen und somit mit einer langen Tradition der Kulanz zu brechen, mag hier als sinnbildlich erachtet werden.⁵

Ferner zeigen sich in der Kombination von neuen Kommunikationsmitteln und Medien mit einer stark politisierten und polarisierten Öffentlichkeit diverse Tendenzen wie mediale Echokammern, Filterblasen und ideologische Meinungsmache, die demokratische Diskurse nicht nur erschweren, sondern auch einer Manipulationsgefahr durch externe Interessen unterwerfen. In einer Studie der *US Advisory Commission on Public Diplomacy* mit dem provokant gewählten Titel „*Can Public Diplomacy Survive the Internet?*“ konstatieren die Herausgeber Sam Powers und Markos Kounalakis:

„Despite increased exposure to a pluralistic media ecosystem, we are becoming more and more ideological and partisan, and becoming more walled off at the interpersonal and physical layers.“ (Powers 2017)

Der Diplomatie-Experte Nicholas Cull merkt hierzu an, dass es in der gegenwärtigen Medienumgebung zunehmend schwierig sei, Fakten von Fiktionen zu unterscheiden und dies gewisse Spielräume für externe Akteure eröffnet: *„one striking feature of 2016 was that the circulation of fake news acquired an international dimension“* (Cull 2016). So sei im US-Präsidentenwahlkampf 2016 deutlich geworden, dass bestimmte nationale Interessen und innenpolitische Wahrnehmungsformen die Nachrichtenagenda entscheidend beeinflussen könnten:

„one country had been actively involved in systematically distorting the news to serve its strategic objectives: Putin’s Russia“ (Cull 2016: 244).

⁵ Für einen systematischen Überblick zu verschiedenen Phasen der amerikanischen Auswärtigen Kulturpolitik und der graduellen Politisierung derselben, siehe: Schumacher (2015).

1. Einleitung

Andere Beobachter der amerikanischen Außenpolitik merken kritisch an, dass Trumps angekündigte Amtshandlungen der US-Außenpolitik und dem Image der Vereinigten Staaten zwar Schaden zufügen könnten, dass aber auch ohne konkrete Taten, die Aussagen an sich bereits problematisch seien. So schreibt etwa Mark Dillen vom *USC Center on Public Diplomacy*, dass die Vielzahl von Trumps kontroversen Statements durchaus dazu führen könnte, die bestehende internationale Ordnung zu zerrütten (Dillen 2017b). An anderer Stelle zählt Dillen hierfür eine Reihe von Beispielen auf: die Rhetorik, die internationale Partner gezielt angreift und beleidigt; die bewusst gewählte Bezeichnung ‚islamisch‘, wenn es um Terrorismus im Nahen Osten geht; oder etwa die wiederholten Angriffe auf die Presse, die Trump als *„enemy of the American people“* benannt habe und den USA die Glaubwürdigkeit entzieht, wenn es darum geht einen Mangel an Pressefreiheit in anderen Weltregionen zu monieren. Zusammenfassend beobachtet Dillen daher: *„In only the last few weeks, we have seen evidence of a coming crisis for defenders of America’s international image“* (Dillen 2017a).

So ist mit Powers und Kounalakis (2017) zwar einerseits vor neuartigen Technologien, automatisierten Bots, Echokammern und der rasanten Beschleunigung von Fehlinformationen als Hindernisse und Fallgruben für künftige US-amerikanische *Public Diplomacy*-Initiativen sowie das breitere und unberechenbare Feld der Kulturbeziehungen zu warnen. Andererseits drängt sich angesichts dieser neuen Technologien in Kombination mit Trumps spezifischer Form von national-populistischer Rhetorik und den noch zu thematisierten Haushaltskürzungen in den USA möglicherweise noch eine weitere Frage auf: *„Can public diplomacy survive the age of Trump?“*

2. Überblick zu gegenwärtigen Entwicklungen in den transatlantischen Beziehungen

2.1 Daten zu deutsch-amerikanischen Beziehungen

Schon aufgrund der engen wirtschaftlichen Verflechtungen der beiden Länder, ist ein enges politisches Verhältnis zwischen den Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik Deutschland praktisch unabdingbar: Laut Daten des *US Census Bureau* und des *US Department of Commerce* war Deutschland im Jahr 2016 mit 49,4 Milliarden US-Dollar an Exportwert einer der wichtigsten Märkte für amerikanische Produkte. Ähnlich steht es um die Importe, bei denen deutsche Exporte in die USA 2016 auf einen Wert von insgesamt 114,2 Milliarden US-Dollar kamen. Abgesehen von den nordamerikanischen Nachbarn Mexiko und Kanada, ist Deutschland nach China, Japan und Großbritannien somit einer der wichtigsten Handelspartner der USA (Trade. gov. 2016).

Neben den engen wirtschaftlichen Verflechtungen sind es aber auch gerade die kulturellen Partnerschaften und die gemeinsame Wertegrundlage, die für die enge Partnerschaft der beiden Länder prägend zu sein scheinen. Einer Studie zur amerikanischen Wahrnehmung von Deutschland zufolge, die im März 2016 von den deutschen Vertretungen in den USA in Auftrag gegeben wurde, erachtet die amerikanische Bevölkerung Deutschland als einen der wichtigsten internationalen Partner, hinter Großbritannien und Kanada, vor Frankreich, Japan, China, Israel oder dem direkten Nachbarn Mexiko (Frank N. Magid Associates, Inc. 2016: 11). Deutschland wird dabei in den USA zunehmend als eine globale Finanzmacht (64 Prozent) gesehen, die deutsche Gesellschaft mit 65 Prozent überwiegend als modern und zukunftsorientiert. 53 Prozent der Amerikaner geben dabei an, insgesamt einen „exzellenten“ Eindruck von Deutschland zu haben und nur 8 Prozent haben dabei einen überwiegend negativen Eindruck („*Perceptions of Germany*“ 2016: 6-7). Im April 2003 stand dieses Verhältnis noch bei 27 zu 32 Prozent. Der Trend der vergangenen Jahre zeigt eine Zunahme positiver Einstellung gegenüber Deutschland und hat sich von den Dissonanzen über den Irakkrieg mittlerweile erholt. Eine unvorhergesehene Krise, wie diese nach dem 11. September eintrat, kann zu einer schlagartigen und rasanten Änderung dieser Einstellung führen.

Auch in Deutschland hat sich das Image der USA seit der Bush-Präsidentschaft leicht erholt: Gegen Ende der Amtszeit von Barack Obama gaben 85 Prozent der Deutschen an, dass er „alles in allem eher ein guter Präsident“ gewesen sei, wie einleitend bereits erwähnt (Dossier US-Wahl 2016: 43). Hier zeichnet sich eine klare parteipolitische Präferenz ab, die mit dieser Wahrnehmung einhergeht: So gaben im Herbst 2016 90 Prozent der befragten Deutschen an, lieber Hillary Clinton als Donald Trump im Weißen Haus sehen

zu wollen (Statista 2016b). Nach der Amtseinführung, zu der Trump seine „America First“-Politik ankündigte, zeichnete sich eine tiefe Skepsis gegenüber der neuen republikanischen Administration innerhalb der deutschen Bevölkerung ab: So gaben Ende Januar 2017 in einer Umfrage des ZDF Politbarometers 72 Prozent an zu glauben, dass sich die deutsch-amerikanischen Beziehungen unter Donald Trump verschlechtern würden. 22 Prozent glaubten an keine wesentliche Veränderung, während nur zwei Prozent eine Verbesserung erwarteten (Statista 2016c). Wenn es um konkrete Amtshandlungen ging, fiel das Urteil der Mehrheit der Deutschen laut Umfragen ebenso eindeutig aus: 82 Prozent hielten beispielsweise das von Trump angestrebte (aber durch die Gerichte gekippte) Einreiseverbot für Muslime für falsch (Focus 2017). Angesichts dieser Einstellungen ist es auch nicht weiter verwunderlich, dass unmittelbar nach der Wahl 66 Prozent der in Deutschland Befragten angaben, dass die USA mit Donald Trump als Präsident nicht mehr als ein Partner anzusehen sei, dem man vertrauen könnte (Statista 2016a: 1).

Interessant ist allerdings, dass trotz all dieser deutlichen Ergebnisse und Einschätzungen der deutschen Bevölkerung zu den politischen Entwicklungen in den Vereinigten Staaten, dennoch 69 Prozent angeben, dass die Bundesregierung „eher offen“ auf den neuen Präsidenten zugehen sollte, während nur 24 Prozent verlangen „eher auf Distanz“ zu gehen (ARD 2017). Hieraus ließe sich ableiten, dass die deutsche Öffentlichkeit den Ausgang der Wahl zwar mit großer Mehrheit bedauert, dennoch aber dazu bereit ist, die transatlantischen Beziehungen weiterhin zu pflegen. Die starke Divergenz zwischen den Präferenzen bezüglich Clintons und Trumps Kandidatur deutet ferner darauf hin, dass hier eine klare Differenzierung zwischen der gegenwärtigen parteipolitischen Besetzung der amerikanischen Exekutive und den Beziehungen an sich vorgenommen wird. Ferner scheint die deutsche Öffentlichkeit stark ausgeprägte und daher deutliche Meinungen gegenüber den Entwicklungen in den USA zu haben, was durchaus auch darauf schließen lässt, dass hier nach wie vor ein großes Interesse an der kulturellen und politischen Landschaft der Vereinigten Staaten besteht.

2.2 Haushaltsvorschläge und erste politische Entscheidungen

Abgesehen von Zahlen zum Wahlausgang und der öffentlichen Meinung dies- und jenseits des Atlantiks, erscheint es also lohnenswert, einige Entscheidungen und von der amerikanischen Exekutive herausgegebene Informationen zu untersuchen, die für die Zukunft der internationalen Kulturbeziehungen von Relevanz sein könnten. Wie bereits kurz angesprochen, hat es beispielsweise schon erste Versuche durch das Weiße Haus gegeben, neue Einreisebestimmungen für Angehörige bestimmter muslimisch geprägter Staaten einzuführen. Wie der Deutschlandfunk berichtet wären hiervon auch Menschen

mit doppelter Staatsbürgerschaft betroffen, von denen es in Deutschland etwa 135.000 gibt. Ebenso träfe dies möglicherweise „Künstlerinnen und Künstler aus aller Welt, deren Heimat, so könnte man etwas pathetisch formulieren, noch weniger über nationale Zugehörigkeit definiert ist“ (Fischer 2017). Im Gespräch mit dem Präsidenten des Goethe-Instituts, Klaus-Dieter Lehmann, gibt dieser daher an: „Für uns ist es zunächst mal eine wirkliche Diskriminierung, und das ist, finde ich, für die Kultur wirklich ein Desaster“ (Fischer 2017). Bislang intervenierten hier zwar die Gerichte in den USA und so hat die neue Leitlinie in ihrer gegenwärtigen Form wohl kaum Aussicht auf Erfolg. In dem Versuch zeigte sich allerdings schon eine Stoßrichtung, die sich in künftigen Entscheidungen wohl ebenfalls wiederfinden lassen wird.

Wie das Handelsblatt Anfang Juni 2017 anhand diverser Quellen aus der Tourismusbranche aufzeigen konnte, scheint sich der Ausgang der Wahl daher auch hier negativ bemerkbar zu machen. So seien etwa „die Buchungen für Flüge in die Vereinigten Staaten für den Sommer um dreieinhalb Prozent zurückgegangen, während andere Länder deutlich zulegen“. Zudem sei „der Anteil der USA am weltweiten Tourismusmarkt [...] seit Oktober beständig zurückgegangen. Im März fiel er um 16 Prozent gegenüber dem Vorjahr“ (Kort 2017). Ferner zitiert das Handelsblatt eine im Dezember 2016 durchgeführte internationale Studie, welche aufzeigt, dass in einem breiten Spektrum von Ländern „20 Prozent oder mehr der Befragten angeben, dass es unwahrscheinlicher geworden sei, dass sie in die USA reisen“ (Kort 2017). Neben dem zuletzt wieder erstarkten Dollarkurs machen Vertreter der Tourismusindustrie hierfür vornehmlich die Rhetorik und die ersten Amtshandlungen unter der angekündigten „*America First*“-Politik der Trump-Regierung verantwortlich.

Mitte April 2017 unterzeichnete Trump beispielsweise ein Dekret mit dem Titel „*Buy American, Hire American*“, welches neue Richtlinien für die Vergabe von sogenannten H-1B Visa festlegt und es Arbeitgebern in den USA erschweren wird, ausländische Fachkräfte einzustellen. Wie Abbildung 2, beruhend auf Daten aus dem Fiskaljahr 2016, aufzeigt, wären hiervon vor allem Branchen betroffen, die auf spezialisierte Expertise und hochqualifizierte Fachkräfte angewiesen sind. Dies wird voraussichtlich für den IT-Sektor am folgeschwersten sein, betrifft aber auch die Forschungslandschaft, Hochschulen und Universitäten.



Abbildung 2: „Infografik: Diese Branchen betrifft Trumps Dekret am Meisten“ (Nier 2017)

Diese im Wahlkampf angekündigte protektionistische und nationalistische Leitlinie zeigt sich auch in ersten Haushaltsforderungen der Regierung. Bereits Anfang März 2017 veröffentlichte das Weiße Haus den vom Beraterstab ausgearbeiteten und durch die Regierung angestrebten ersten Haushaltsentwurf für das Haushaltsjahr 2018.⁶ In der Einführung des Dokuments durch dessen Verfasser, den Direktor des *Office of Management and Budget* Mick Mulvaney, wird dieses aufsehenerregende Dokument als eine Blaupause bezeichnet, die zwar nicht als vollständiger Bundeshaushalt zu betrachten sei, dennoch aber der Legislative und der Öffentlichkeit ein „*view of the priorities of the President and his Administration*“ verschaffen sollte (Seite 3). Dementsprechend ist das Dokument zwar einerseits als Verhandlungsbasis denn als feststehender Beschluss zu deuten, andererseits sollte der Inhalt aber wohl auch als richtungsweisend verstanden und dementsprechend ernst genommen werden.

⁶ Der Entwurf mit dem Titel „*America First: A Budget Blueprint to Make America Great Again*“, kann online abgerufen werden, unter: https://www.whitehouse.gov/sites/whitehouse.gov/files/omb/budget/fy2018/2018_blueprint.pdf [18.08.2017].

Letztendlich liegt die sogenannte „*power of the purse*“, die Macht der Geldbörse, natürlich beim Kongress. So ist bezeichnend, dass der tatsächlich verabschiedete Haushaltsentwurf für 2017, der dort zwischen Republikanern und Demokraten ausgehandelt wurde, kaum Ähnlichkeiten mit dem Vorschlag der Trump-Administration und dem „*America First*“-Entwurf aufweist. Hierbei bleibt zu betonen, dass es sich bei dem Gesetzesentwurf und dem „*America First*“-Haushalt um zwei unterschiedliche Dinge handelt: Ersteres legt fest, welche Gelder im verbleibenden Haushaltsjahr 2017 ausgegeben werden, während letzterer eine Art Wunschzettel für den Haushalt 2018 darstellt.⁷ Dennoch ist frappierend, wie sehr die beiden Dokumente in ihrer jeweiligen Schwerpunktsetzung divergieren, gerade in Anbetracht der Tatsache, dass das Weiße Haus auf eine republikanische Mehrheit in beiden Kammern der Legislative setzen kann. Die drastischen Kürzungen für diverse Ministerien, wie der Umweltbehörde und dem Außenministerium, die jeweils um ca. 30 Prozent reduziert werden sollten, treten hierbei nicht ein. Ebenso wenig wird auf die konkreten Forderungen der Regierung eingegangen, die beispielsweise eine zehnprozentige Steigerung des Verteidigungshaushalts vorgesehen hätte. Explizit wird der Bau einer Mauer an der US-Mexikanischen Grenze durch den Gesetzesentwurf (*Spending Bill*) untersagt.

In Abbildung 3 werden die beiden Entwürfe gegenübergestellt und somit die deutlichen Unterschiede aufgezeigt. Teilweise ist dabei, wenn auch keine direkte Überlappung, zumindest eine ähnliche Tendenz zu erkennen – teilweise zeigt der *Spending Bill* in die andere Richtung und stockt etwa die Budgets der NASA, der Energie-, Gesundheits- und Verkehrsministerien sogar noch auf.

⁷ Der endgültig offizielle Haushaltsentwurf soll voraussichtlich am 23. Mai 2017 veröffentlicht werden.

2. Überblick zu gegenwärtigen Entwicklungen in den transatlantischen Beziehungen

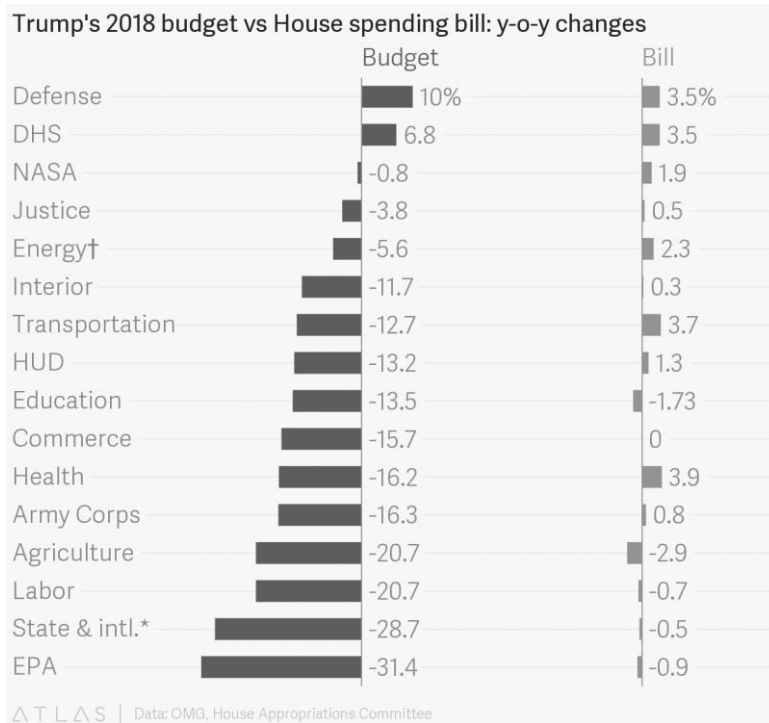


Abbildung 3: Trumps Haushaltsentwurf 2018 versus Congressional Spending Bill (Timmons 2017).

Ebenso erhalten zentrale kulturelle und bildungsrelevante Einrichtungen, wie die *Library of Congress*, zusätzliche Finanzspritzen: Hier wird das Budget etwa um 32 Millionen US-Dollar aufgestockt. Ferner bleiben die von Trump für eine komplette Streichung vorgesehenen Stiftungsprogramme der Kunst und Geisteswissenschaften, die *National Endowments for the Arts and Humanities*, bestehen und erhalten sogar noch eine Erhöhung ihrer Haushalte von 2 Millionen US-Dollar. Und auch die *National Science Foundation* (NSF) sowie die öffentlichen Rundfunkanstalten, NPR und PBS erhalten für den Rest des Haushaltsjahres 2017 das gleiche Budget wie bisher (Snell/O'Keefe 2017). Ebenfalls bleiben sowohl das Fulbright-Programm, als auch das *Congress-Bundestag Youth Exchange Program* im aktuellen Haushalt weiterhin erhalten.⁸

In Anbetracht der Tatsache, dass dieser Haushaltsentwurf in Presse und Öffentlichkeit weitestgehend als ein Sieg für die Demokraten und eine Niederlage für Trump gesehen

⁸ Interessanterweise wäre das Fulbright Austauschprogramm bereits im „America First“-Haushaltsentwurf von Kürzungen verschont geblieben.

wurde, liegen bereits Aussagen durch den Präsidenten und Mitglieder seiner Administration vor, die darauf hinweisen, dass es sich beim aktuellen *Spending Bill* um eine vorübergehende Lösung handelt und der Haushaltsentwurf für 2018 erst Ende Sommer und gegen September ausgehandelt werden wird.⁹ Trump ging sogar soweit, hier mit einem erneuten *Government Shutdown* zu drohen, falls sich dies für die Republikaner als notwendig erweisen sollte. Es bleibt also (a) zu erwarten, dass sich im kommenden Haushaltsjahr doch noch Verschiebungen im Bundesbudget der USA ergeben werden, die mehr in Richtung der von der Administration angestrebten Kürzungen gehen könnten, aber dass (b) sich diese drastischen Forderungen in ihrer ursprünglich artikulierten Höhe wohl kaum durchsetzen werden können, da auch Republikaner im Kongress diese eher mit Argwohn betrachten. Das „*America First*“-Dokument ist somit wohl als eine Art Maximalforderung anzusehen, mit der die Trump-Regierung in die Verhandlungen eintritt. Ihre Interessen, massive Einsparungen vorzunehmen und dabei den Fokus auf eine Erhöhung des Verteidigungshaushalts zu legen, sind somit klar ersichtlich und eine gewisse Tendenz in diese Richtung wird sich auf Dauer kaum vermeiden lassen. Dennoch sind diese Planungen noch längst nicht als gemachte Sache zu betrachten.

Amerikanische Medien berichten, dass Trumps Haushaltsentwurf in erster Linie zustande kam, indem Berater und Mitarbeiter Aussagen und Versprechen, die Trump im Wahlkampf getätigt hatte, in ein Policy-Dokument umwandelten: „*Mulvaney said his office crafted the budget by going back and translating Trump’s actual words as a candidate into numbers*“ (Berman 2017). Dies wird in dem *America First Budget* sogar offen thematisiert. Mulvaney selbst schreibt hier:

„*The Federal budget is a complex document. However, working for a President committed to keeping his promises means my job is as simple as translating his words into numbers.*“ (Seite 3)

So sind zukünftige Schwerpunkte, Positionen und Entscheidungen der US-Regierung zumindest ein Stück weit auch durch öffentlich getätigte Aussagen zu erklären.

⁹ Für einen Überblick zu Interpretation und Reaktionen auf den Gesetzesentwurf siehe: Hohmann (2017).

2.3 Deutschland in Trumps Rhetorik

Wie steht es um Donald Trumps Sicht auf Deutschland und warum ist dies wichtig? Eine Auswertung der „Worte des Präsidenten“, bzw. der Rhetorik Trumps ist nicht nur als eine Artikulation politischer Einstellungen zu bewerten, sondern vorrangig in ihrer Funktion als *Agenda Setting*: Welche Themen Trump während des Wahlkampfs wie präsentierte, hat direkte Auswirkungen darauf, welche Thematiken in der breiteren Medienlandschaft aufgegriffen wurden und unter welchen Voraussetzungen über Themenfelder wie die Beziehungen zu Deutschland innerhalb der amerikanischen Öffentlichkeit gesprochen und diskutiert wurde.

Das Projekt *Factba.se* hat sich zur Aufgabe gesetzt, sämtliche öffentliche oder zu einem bestimmten Zeitpunkt veröffentlichte (wie beispielsweise mittlerweile gelöschte *Twitter* Nachrichten) Aussagen des Kandidaten und Präsidenten Trump zu sammeln und so auf bestimmte Themen und Schlüsselbegriffe durchsuchbar zu machen. Zum Zeitpunkt der hier vorgestellten Analyse beinhaltete die Datenbank insgesamt 3.028.910 Wörter, inklusive aller Interviews, Reden, Pressemitteilungen und offiziellen Dokumenten sowie 30.899 Tweets und 259 Stunden Videomaterial, die bis dato zur Verfügung standen.

Innerhalb dieser Datenbank fanden sich insgesamt 229 Aussagen zu Deutschland („*Germany*“), die zwischen dem 18. Juli 2015 und dem 27. März 2017 von Donald Trump getätigt wurden (N = 228).¹⁰ Mit Hilfe der qualitativen Datenauswertungssoftware MAXQDA wurden diese Aussagen vom Autor auf ihre Inhalte überprüft und per induktivem Codierungsverfahren klassifiziert. Hierbei wurden die über die Suchfunktion der Datenbank *Factba.se* erhaltenen Ergebnisse geordnet und einzelne Sätze der Erwähnungen des Begriffs „*Germany*“ klassifiziert, was wiederum zu einem Katalog verschiedener Kodierungen zusammengefügt und demnach systematisch dargestellt werden konnte.

Bei der Mehrheit der Statements (n = 188) handelt es sich um Inhalte aus Videomaterial – zumeist von Wahlkampfauftritten. Dabei ist zunächst auffällig, dass sich Aussagen oft wiederholen, teilweise wortwörtlich, da Trump während des Wahlkampfs offenbar in diversen Reden und Interviews wiederkehrende *Talking Points* nutzte. So ist zu erklären, warum trotz der relativ hohen Anzahl der codierten Statements, die Anzahl der gebrauchten Codes, die unterschiedliche Inhalte markieren, relativ überschaubar blieb. Gleichzeitig

¹⁰Die erste Aussage, die in der Datenbank auftaucht, stammt vom 1. März 1990, doch bis Mitte 2015 sind diese sehr sporadisch gestreut, über diverse Jahre verteilt und beziehen sich auf einen anderen Kontext.

2. Überblick zu gegenwärtigen Entwicklungen in den transatlantischen Beziehungen

verdeutlichen sich so eindeutige Schwerpunkte mit denen Trumps Publikum über ihn wiederholt in Kontakt kam.

Die inhaltliche Auswertung ergab außerdem, dass sich hierbei klare Kategorien aufzeigen lassen, durch welche „Germany“ von Trump immer wieder als eine Art rhetorisches Mittel, bzw. Beispiel erwähnt wird: Zum einen um aufzuzeigen, welche politischen Entwicklungen er bemängelt, zum anderen aber auch, um auf eine bestimmte Vorbildfunktion hinzuweisen. Erstere dieser beiden Kategorien ist dabei jedoch weitaus ausgeprägter und lässt sich wiederum in zwei Subklassifizierungen herunterbrechen. So wird Deutschland in der überwältigenden Mehrheit der ausgewerteten Statements als ein abschreckendes Beispiel angeführt, dessen Schicksal es zu vermeiden gilt. Oft werden hierbei explizit die Flüchtlingskrise in Verbindung mit Kriminalität oder aktuelle Ereignisse und Terroranschläge angesprochen. Ein zweites wiederkehrendes Motiv ist die Forderung, US-amerikanische Bündnispartner zu höheren Militärausgaben zu bewegen. Hierbei wird wiederum oft auf die NATO oder auf Deutschlands Status als internationale Wirtschaftsmacht verwiesen.

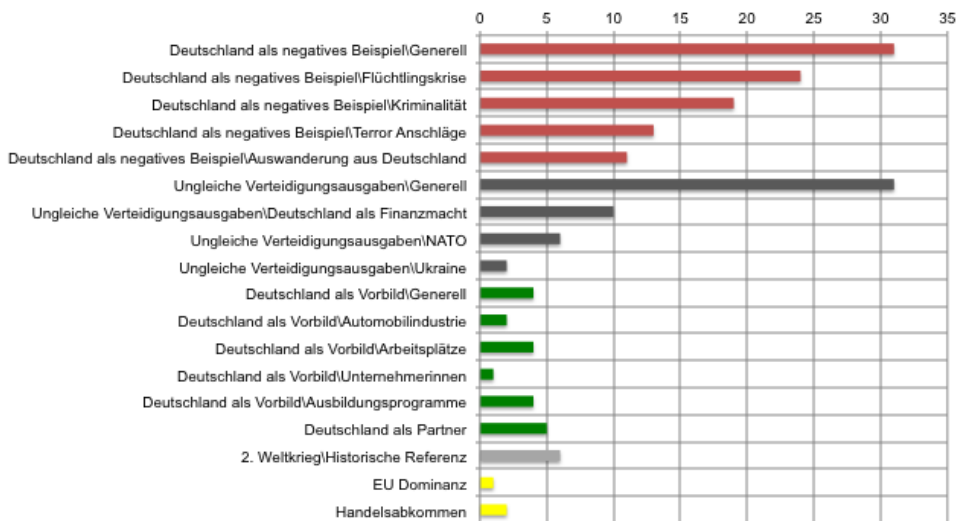


Abbildung 4: Donald Trumps Statements: „Germany“ (Sept. 15 – Mar 17)

Wie in Abbildung 4 deutlich wird, handelt es sich bei einer Vielzahl der negativen Statements Trumps um eher generell gehaltene Aussagen. Oftmals wird dabei nur durch den breiteren Kontext und durch die sich klar wiederholenden Muster rund um den Begriff „Germany“ überhaupt klar, worauf Trump Bezug nimmt. In unklaren Fällen wurde keine Kodierung vorgenommen. Dies zeigt sich auch in den am häufigsten vorkommen-

2. Überblick zu gegenwärtigen Entwicklungen in den transatlantischen Beziehungen

den Formulierungen Trumps innerhalb der als relevant markierten Statements. Diese werden angeführt durch Kombinationen des Satzes „*look at what*“, welche wiederum ergänzt werden durch Variationen der Formulierung „*is going on/happening with Germany/crime/attacks/immigration*“. Tabelle 2 zeigt die am häufigsten gebrauchten Kombinationen dreier Begriffe innerhalb der ausgewerteten Daten. Es ist bezeichnend, dass sich hier durch eine rein quantitative Auswertung ähnliche Ergebnisse abzeichnen wie durch den Kodierungsvorgang: Auch hier wird belegt, dass Deutschland besonders oft als eine Art Beispiel herangezogen wird. Ebenfalls zeichnet sich durch Kombinationen wie „*we take care*“, „*we defend Germany*“ oder „*we protect Germany*“, dass sich auch durch die quantitative Satzanalyse die Thematik der Verteidigungsausgaben als zentral aufzeigen lässt.

Word combination	Frequency	Prozent	Rank
„ <i>look at what</i> “	43	2,63	1
„ <i>look at Germany</i> “	10	0,61	2
„ <i>we take care</i> “	10	0,61	2
„ <i>we defend Germany</i> “	8	0,49	4
„ <i>we have enough</i> “	7	0,43	5
„ <i>have enough problems</i> “	6	0,37	6
„ <i>we all have</i> “	6	0,37	6
„ <i>happening with Germany</i> “	5	0,31	8
„ <i>look at Nice</i> “	5	0,31	8
„ <i>we have seen</i> “	5	0,31	8
„ <i>we protect Germany</i> “	5	0,31	8

Tabelle 2: Word Combination

In Anbetracht dieses verhältnismäßig schmalen Spektrums an zentralen und dominanten Thematiken, die überwiegend negativ ausfielen oder in Form von Kritik geäußert wurden, mag es ferner von Interesse sein, gewisse Entwicklungen aufzuzeigen. Im Datensatz findet sich so beispielsweise ein früher Tweet Trumps aus dem Jahr 2013 (3. Oktober), in dem er die Politik der Bundesregierung ausdrücklich lobt (siehe Abbildung 5). Hier schien sich also in den vergangenen Jahren ein Wandel in der Einschätzung vollzogen zu haben.

2. Überblick zu gegenwärtigen Entwicklungen in den transatlantischen Beziehungen

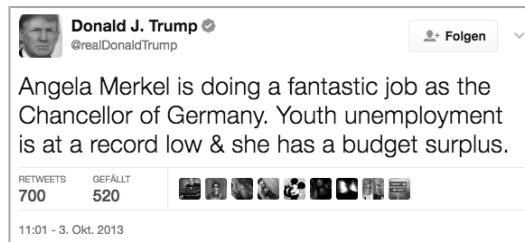


Abbildung 5: Twitter

Quelle: <https://twitter.com/realdonaldtrump/status/385826942303211521> [18.08.20147]

Ein Großteil der ausgewerteten Statements fällt in die Phase des Wahlkampfes und, wie oben angemerkt, ergeben sich auch Schwerpunkte durch wiederkehrende *Talking Points* in diversen Redeauftritten bei Wahlkampfevents. Abbildung 6 ergänzt die oben gelisteten Ergebnisse der Kodierung daher um eine chronologische Komponente. Die farblichen Markierungen stehen hier für die bereits erläuterten Themenfelder (rot = „Deutschland als negatives Beispiel“; schwarz = „ungleiche Verteidigungsausgaben“; grün = „Deutschland als Vorbild“; grau = „historische Referenz“; gelb = „diverse andere Thematiken“). Die farbigen Kästchen stellen anteilig die jeweilige Länge bestimmter kodierter Passagen innerhalb des Gesamtdokuments mit allen erfassten Statements dar. Der Zeitverlauf deckt dabei von September 2015 bis März 2017 sowohl den Wahlkampf als auch die Phase nach der Wahl und der Amtseinführung ab. Es zeigt sich deutlich, dass eine rhetorische Verschiebung in der Schwerpunktsetzung eintritt und dass gegen Frühjahr 2017 und rund um die Besuche des deutschen Außenministers und der Kanzlerin Angela Merkel in den USA, „grüne“ Aussagen, die Deutschland als ein Vorbild in diversen Politikbereichen zeichnen, zunehmend dominieren und Trump sich von dem Fokus auf NATO und der Flüchtlingspolitik löst.

2. Überblick zu gegenwärtigen Entwicklungen in den transatlantischen Beziehungen

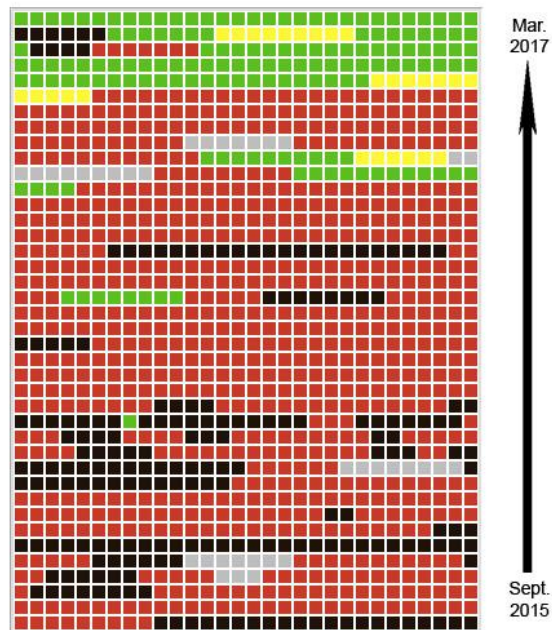


Abbildung 6: Ausgewertete Statements von Trump über Deutschland von September 2015 bis März 2017
Notiz: rot = „Deutschland als negatives Beispiel“; schwarz = „ungleiche Verteidigungsausgaben“; grün = „Deutschland als Vorbild“; grau = „historische Referenz“; gelb = „diverse andere Thematiken“

Zusammenfassend zeigt die Analyse, dass Trumps Rhetorik gegenüber Deutschland im Verlauf des Präsidentschaftswahlkampfes, in dem ihm über die Medien eine beachtliche Reichweite für seine Meinungen und Einschätzungen zur Verfügung stand, nahezu durchgehend negativ ausfiel. Dabei ist ebenfalls anzumerken, dass die Themenschwerpunkte sich immer wieder auf die gleichen Felder bezogen und Trump wiederholt auf die Flüchtlingspolitik und die NATO zu sprechen kam. Deutschland diente hierbei eher als ein Beispiel und Platzhalter für bestimmte politische Entscheidungen innerhalb der USA, mit der er sein Publikum auf zentrale Kritikpunkte und politische Forderungen seiner Plattform aufmerksam machen konnte. Es ist daher eher zu bezweifeln, dass es Trump oder seinen Anhängern wirklich darum ging, den transatlantischen Partner anzugreifen, sondern eher bestehende US-Politik indirekt zu kritisieren.

Nichtsdestotrotz ist darauf hinzuweisen, dass mit hoher Wahrscheinlichkeit ein Teil des politischen Publikums durch das *Agenda Setting* Trumps zumindest in der näheren Zukunft nach darauf ‚ge-primed‘ sein wird, mit dem Begriff „Germany“ diverse negative Assoziationen rund um die Flüchtlingskrise und vermeintlich ungleich verteilte Bürden in

der Bündnispolitik abzurufen. Die Analyse zeigt daher ebenfalls, dass in Bezug auf das artikuliert Deutschlandbild mit der Amtseinführung ein klarer Wandel eintritt. Hierbei ist der Besuch und direkte Kontakt durch die Bundeskanzlerin vermutlich nicht zu unterschätzen, da dieser Trump dazu brachte, Deutschland in einer anderen Form auf seine rhetorische Agenda zu setzen und dabei andere (positive) Bilder zu bemühen.

2.4 Mögliche Umstrukturierung des *US Department of State*

Eine der im Rahmen der Außen- und Kulturbeziehungen sicherlich wichtigsten Institutionen auf amerikanischer Seite ist selbstredend das Außenministerium bzw. das *US Department of State* (DOS). Hier haben nicht nur Haushaltsentscheidungen eine mehr oder weniger indirekte Wirkung auf die Zukunft der transatlantischen Kulturbeziehungen, sondern auch Dekrete, Gesetzesauslegungen und Personalentscheidungen seitens der amerikanischen Exekutive. Innerhalb Deutschlands sind die Aktivitäten der US-Botschaft in Berlin, der fünf Konsulate in Hamburg, Düsseldorf, Frankfurt am Main, Leipzig und München sowie die zehn Amerika-Institute (*German American Spaces*) in Freiburg, Hamburg, Heidelberg, Kiel, München, Nürnberg, Saarbrücken, Stuttgart, Tübingen und Köln unmittelbar betroffen.

Einen guten Überblick zu den Aktivitäten im Bereich der Auswärtigen Kulturpolitik der USA bietet der Jahresbericht der *United States Advisory Commission on Public Diplomacy* (Brown 2016). Für das Fiskaljahr 2015 wird hier angegeben, dass insgesamt 6.466.831 US-Dollar für *Public Diplomacy*-Aktivitäten in Deutschland ausgegeben wurden (Brown/Hensman 2016: 256). Dies stellt einen geringen Rückgang im Vergleich zu den Vorjahren dar, was mit Ausnahme der Ukraine, wo die Ausgaben anstiegen, für praktisch alle europäischen Länder der Fall war. Aktivitäten in Deutschland erhielten dabei mit Abstand die meisten Mittel; so folgt Russland auf Platz zwei mit nur knapp fünf Millionen US-Dollar während Frankreich, die Türkei, Italien, Ukraine, Spanien, Großbritannien, Österreich und Polen jeweils auf eine Summe zwischen zwei und knapp unter vier Millionen kommen (Seite 258). Der Großteil der Ausgaben in Deutschland (1.111.951 US-Dollar) wurde dabei für Medien- und Presseaktivitäten aufgebracht, gefolgt von Unterstützung für „*Mission Activities*“ (941.983 US-Dollar) und Vortragsprogrammen (774.389) oder Bildungsinitiativen (516.489 US-Dollar) (Seite 278). Gemessen am Gesamthaushalt des DOS, investieren die USA somit zwar eine nahezu verschwindend geringe Summe für die hiesigen *Public Diplomacy*-Initiativen; im Vergleich mit den europäischen Nachbarn erhält die Mission in der Bundesrepublik bisher aber einen relativ großen Anteil. Angesichts des von

Trump angestrebten Haushalts und diverser weiterer Entwicklungen im DOS, die nachfolgend angeführt werden, ist jedoch zu bezweifeln, dass es hierbei bleiben wird.

Sah der erste Haushaltsentwurf einen etwa 30-prozentigen Rückgang für den Haushalt des Außenministeriums vor, so hat der gegenwärtige Entwurf durch den Kongress, diese Empfehlung zwar zunächst nicht übernommen – dennoch zeigt sich bereits jetzt, dass auch über Personal- und Umstrukturierungsentscheidungen hinaus die Bedeutung des DOS und dessen auswärtiger Kulturprogramme deutlich zurückgefahren werden kann. Ebenso sind Äußerungen des Außenministers Rex Tillerson zu deuten, nach denen längerfristig ein Plan umgesetzt werden soll, welcher auf eine 26-prozentige Reduktion des Haushalts abzielt und dabei etwa 2.300 Stellen streichen würde (Lee/Lederman 2017).

Gegenwärtig ist ein drängenderes Problem jedoch, dass nach der Wahl und Amtseinführung Trumps bereits die gesamte diplomatische Führungsriege aus dem Dienst entlassen und viele der Stellen bislang aber noch nicht neu besetzt wurden: „Insgesamt sind quer durch alle Behörden 556 Schlüsselpositionen, darunter Staatssekretäre, Unterstaatssekretäre und Botschafter, noch nicht besetzt“ (Clüver 2017). Dies betrifft bislang auch den Posten des US-Botschafters in Berlin und knapp 200 Stellen, die eine Bestätigung durch den Senat erfordern würden. Wie die New York Times berichtet, sieht es dabei zunehmend so aus, als würden diese Stelle wohl auf absehbare Zeit vakant bleiben:

„Secretary of State Rex W. Tillerson has done almost nothing to select leaders for the White House’s consideration, and nominations for assistant secretaries and others who largely run the State Department are unlikely to be made for months.“ (Harris 2017)

Die Politikwissenschaftlerin Lora Viola, Juniorprofessorin für amerikanische Außenpolitik im John-F.-Kennedy-Institut für Nordamerikastudien der Freien Universität Berlin, berichtet anekdotisch von Gesprächen mit Botschaftsangehörigen, die derzeit von großer Unsicherheit bezüglich zukünftiger Entwicklungen geprägt sind. Zentral sei hierbei die Frage, ob Stellen die gegenwärtig noch unbesetzt sind, dies möglicherweise auch langfristig bleiben könnten. Dies könne Teil einer politischen Strategie sein, um die Strukturen des DOS grundlegend zu ändern und auf kommende Budgetkürzungen vorzubereiten. Zu einer ähnlichen Schlussfolgerung kommt Cathryn Clüver, die Direktorin des „*Future of Diplomacy Project*“ in Harvard. Sie sieht hinter der gegenwärtigen Lähmung des DOS eine Philosophie am Werke, die die Washingtoner Bürokratie und bestehende Institutionen des liberalen Staats abzubauen sucht, welche „zu groß, zu unabhängig und als Hemmschuh für den Ausbau der Exekutivgewalt erscheinen.“ Clüver fügt ergänzend hinzu: „Das Außenministerium bekommt diese Strategie am deutlichsten zu spüren“ (Clüver 2017).

Dennoch ist die Frage, ob Methode oder Unerfahrenheit hinter diesen Entwicklungen steckt, zum jetzigen Zeitpunkt wohl noch nicht eindeutig zu beantworten.

Fakt ist zunächst, dass bereits eine Reihe von ungewöhnlichen Entscheidungen der neuen Regierung die diplomatische Gemeinschaft hat aufhorchen lassen. Ein Beispiel war der Besuch des mexikanischen Außenministers Anfang März 2017 in Washington. Obwohl dies der erste offizielle Besuch eines Vertreters des direkten Nachbarstaats war, wurde das Außenministerium offenbar in der Planung des Besuchs nicht nur umgangen, sondern nicht mal über den Besuch informiert, wie diverse US-Medien berichteten (Beauchamp 2017). Hierbei scheinen sich klare Unstimmigkeiten und Fehler in der Absprache zwischen dem Weißen Haus und dem *State Department* aufzutun. Dies zeigt sich eben auch in der Frage um die Besetzung der vielen vakanten Stellen innerhalb des DOS, bei der das Weiße Haus bereits öffentlich die Schuld von sich wies, wie der Sender CNN Ende April berichtete:

„The White House is placing responsibility for the large number of vacancies at the State Department on top diplomat Rex Tillerson and his staff, saying the secretary hasn't moved on recommended personnel to fill the openings.“ (Kosinski/Koran 2017)

Es bleibt daher bisher ebenso unklar, welcher Stellenwert den *Public Diplomacy*-Programmen und der Kulturpolitik künftig zugemessen wird. In einer Rede vor Angestellten des DOS Anfang Mai 2017, erklärte Tillerson, dass er eine Trennung zwischen Werten und Interessen in der US-Außenpolitik vornehmen wolle:

„I think it's really important that all of us understand the difference between policy and values, and in some circumstances, we should and do condition our policy engagements on people adopting certain actions as to how they treat people. (...) But that doesn't mean that's the case in every situation.“ (Tillerson 2017)

Ferner führte er dabei erklärend aus: *„Our values around freedom, human dignity, the way people are treated – those are our values. Those are not our policies.“* Dies würde einen klaren Bruch mit der außenpolitischen Tradition der USA und der bisherigen Ausrichtung von kulturpolitischen Programmen der amerikanischen Vertretungen bedeuten. Dementsprechend ließ Tillersons Rede viele der Zuhörer ratlos zurück. Presseberichten zur Folge äußerten insbesondere ehemalige Diplomaten und Mitarbeiter des Außenministeriums zu diesen Aussagen Unverständnis und scharfe Kritik (Borger 2017). Die *Washington Post* berichtet ferner, dass Tillersons Statements zwar diverse Krisenherde und Aufgabenberei-

che auflistete, gleichzeitig aber kaum Klarheit über konkrete Maßnahmen und Umstrukturierungen verschaffte:

„After listening to his 40-minute speech in the department’s Dean Acheson Auditorium, employees don’t know any more than they did before about where the Trump administration’s policy of ‘America first’ leaves them.” (Davidson 2017)

Ferner bedeutet derartige inhaltliche Unklarheit, dass diverse US-Behörden über hunderte Tage in die Amtszeit von Trump hinein noch keine politischen Neuausrichtung vorgenommen haben. Hierzu berichtet Cathryn Clüver, dass amerikanische Diplomaten sich derzeit oftmals „immer noch an den alten Bestimmungen orientieren – also denen aus Obamas Amtszeit – oder zur Untätigkeit verdammt sind“ (Clüver 2017).

Ein weiteres großes Fragezeichen ist die Bereitschaft erfahrener und qualifizierter Fachkräfte, sich in den Dienst der Trump Regierung zu begeben. Hierbei ist nicht nur die parteipolitische Kluft zwischen Demokraten und Republikanern ausschlaggebend, sondern auch die Frage, inwiefern sich außenpolitisch versiertes Personal in eine professionelle Situation begeben wird, in der die eigene Arbeit zum einen von der Spitze der eigenen Organisationshierarchie nicht wertgeschätzt wird und man zum anderen eine im Ausland sehr unbeliebte politische Leitlinie mitvertreten müsste. So erklärt sich auch, dass viele der derzeit unbesetzten Stellen wohl auch nur schwer mit erfahrener und qualifiziertem Personal zu füllen wären. Der als konservativ geltende Kommentator der New York Times David Brooks formuliert dies etwas drastischer:

„The Trump administration (...) has hundreds of senior and midlevel positions to fill, and few people of quality or experience are going to want to take them. Few people of any quality or experience are going to want to join a team that is already toxic.” (Brooks 2017)

Ein exemplarisches Beispiel hierfür liefert der *Executive Director of Levantine Public Diplomacy* Paul Rockower, der derzeit in Marokko lebt und zuvor oft auch im Auftrag des DOS *Public Diplomacy*-Programme mitorganisiert und durchgeführt hatte. Statt künftig weiterhin derartige Aufträge suchen zu wollen, sagt Rockower nun, dass er lieber nach andersartigen Projekten innerhalb der Zivilgesellschaft Ausschau halten wird: *„I’d be representing the Trump administration [as] the nerve point of the American soft power spear.”* Eine Rolle, die er nicht gewillt sei einzunehmen. *„There are a lot of problems in the world – a*

*lot of areas to do good – not in connection to the State Department.*¹¹ Auch in einer anders gearteten Funktion und ohne staatlichen Auftrag sähe sich Rockower aber immer noch in einem Bereich tätig, der den kulturellen Austausch und die Verständigung unterschiedlicher Öffentlichkeiten ermöglichen kann.

Aus all den hier genannten Gründen ist es momentan noch schwierig, etwa aus personalpolitischen Entscheidungen und einer klar begründeten Nichtbesetzung diverser Stellen, Rückschlüsse über die konkrete Ausrichtung der künftigen Außen- und Kulturpolitik zu ziehen. Dennoch lässt sich jetzt bereits festhalten, dass das DOS unter Tillerson wohl mit deutlichen Umstrukturierungen zu rechnen haben wird, die nicht auf eine Stärkung dieser Institution hinauslaufen würden. Ebenso lässt sich feststellen, dass in der gegenwärtigen Lage nicht immer eindeutig sein wird, wer künftig die richtigen Ansprechpartner für deutsche oder europäische Akteure sein werden, solange viele der Spitzenpositionen nicht besetzt sind. Ein Großteil dieser Verunsicherung und Verwirrung scheint dabei hausgemacht zu sein – die zentrale Frage lautet dabei, ob hierbei eine bewusste Strategie im Spiel ist oder nicht. In letzterem Fall ist hier wohl mit einer graduellen Entwicklung in Richtung einer gewissen Normalisierung zu rechnen – auch wenn die bisherigen politischen Leitlinien sich sicherlich verschieben werden. In ersterem Fall würden hingegen jedoch wohl viele der gegenwärtig bestehenden Programme eingestellt und ein signifikanter Anteil der bisher unbesetzten Stellen, wohl auch langfristig unbesetzt bleiben.

¹¹ Im Gespräch mit dem Autor.

3. Umfragebasierte Datenerhebung zentraler Akteure und Institutionen

Eine Expertenbefragung des Statistik-Portals Statista, die vom 13. bis zum 19. Oktober 2016, also etwa einen Monat vor der Wahl, mit insgesamt 179 Befragten durchgeführt wurde, zeigt mit Blick auf die zukünftigen Kulturbeziehungen zwischen Europa und den USA, einen eher pessimistischen Konsens bezüglich einer möglichen Trump-Präsidentschaft. Abbildung 7 zeigt hierzu die Ergebnisse, in denen knapp über die Hälfte aller Befragten angaben, dass sich die kulturellen Beziehungen zwischen der EU und den USA unter Trump „deutlich verschlechtern“ würden. Eine mögliche Clinton-Präsidentschaft stufte man hingegen eher als einen Erhalt des Status quo ein (67 Prozent), mit leichter Tendenz zu einer möglichen Verbesserung (18 Prozent).

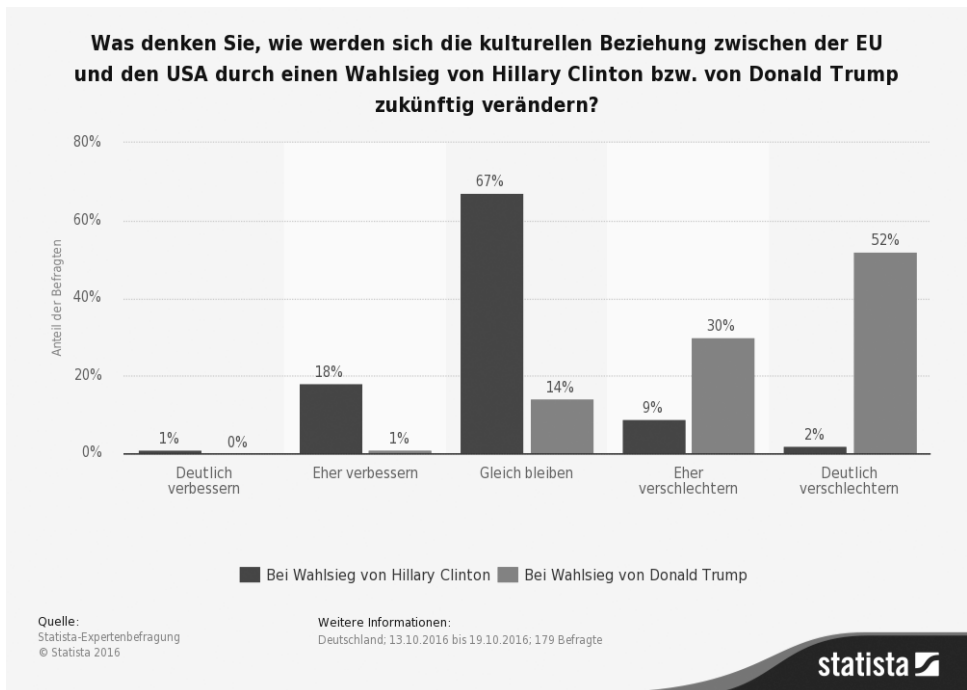


Abbildung 7: „Clinton vs. Trump: Veränderung der kulturellen Beziehungen zur EU im Falle eines Wahlsieges 2016.“ (Statista 2016b)

Im hier vorliegenden Projekt soll ein erster Überblick zu Einschätzungen von Experten und Expertinnen nach der Wahl präsentiert werden. Der Fokus liegt auf den Beziehungen zwischen Deutschland und den USA. Es wurden nicht anonyme Beobachter angefragt, sondern Führungspersonal innerhalb relevanter Institutionen, um ihre Einschätzungen

und Erfahrungen zu erheben. Lässt sich dabei eine ähnlich pessimistische Tendenz ausmachen? Gibt es bereits erste Erfahrungswerte und Beispiele für einen konkreten Wandel in den bilateralen Kulturbeziehungen? Im Folgenden werden zunächst der Aufbau und die Fallauswahl der hier durchgeführten Expertenbefragung erläutert, bevor in einem zweiten Unterpunkt die Ergebnisse präsentiert werden.

3.1 Fallauswahl und Konzept

In Anbetracht der Tatsache, dass tatsächliche Entscheidungen und Daten zu deren Konsequenzen zum Zeitpunkt der hier vorliegenden Studie in geringem Ausmaß vorlagen, wurde ergänzend der Ansatz einer Expertenbefragung gewählt. Dies bietet den Vorteil, dass neben Indizien für einen Wandel auf institutioneller Ebene frühe Erfahrungen aus dem tagtäglichen Betrieb diverser Akteure eingeholt werden konnten. Ferner kann hierdurch die Perspektive des Autors durch die anderer Beobachter ergänzt werden.

Der Fragebogen zielte auf diverse Teilbereiche ab: Zunächst wird eine Klassifizierung unterschiedlicher institutioneller Akteure vorgenommen. Im zweiten Abschnitt werden Faktoren der Wahrnehmung abgefragt, während der dritte Teil sich auf erste Implikationen und bereits eingetretene Veränderungen bezieht. Im damit eng verbundenen vierten Teil soll erörtert werden, welche aktiven Anpassungsprozesse seitens der jeweiligen Institution möglicherweise geplant sind oder bereits durchgeführt wurden. Im fünften Teil wird den Experten und Expertinnen die Möglichkeit gegeben, Themenschwerpunkte zu definieren, die aus der jeweiligen Sicht in Zukunft relevanter werden, bevor der sechste und letzte Teil auf mögliche politische Forderungen für die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik eingeht.

Der Fokus der Umfrage lag vor allem auf Institutionen, deren Hauptsitz in Deutschland liegt und die im transatlantischen Austausch von Ideen, in Bildungsprogrammen oder bilateralen Kulturbeziehungen tätig sind. Zum Teil liegt die Begründung für diese Schwerpunktsetzung darin, dass ein möglicher Wandel, der sich momentan in Institutionen innerhalb der USA vollzieht, derzeit noch deutlich schwerer zu erfassen wäre. Dies gilt gerade auch für Individuen innerhalb dieser Institutionen, die zum jetzigen Zeitpunkt teilweise noch nicht absehen können, mit welcher Personalpolitik – auch in Hinblick auf die eigenen Stellen – in Zukunft zu rechnen wäre. Die deutsche Perspektive ist hingegen von Kontinuität geprägt – hier hat sich zunächst durch die Präsidentschaftswahl politisch und institutionell nicht direkt etwas verschoben. Ein Impact, der hier künftig zu erwarten wäre, wäre daher also eher indirekter Natur. Da sich derartige Institutionen demnach vielmehr in einer Situation der Reaktion befinden, sind schlussendlich deren Wahrneh-

mungen und Einschätzungen umso relevanter, um zu erfassen welche Handlungsspielräume und Prognosen sich hier auftun.

Ein zweiter wichtiger Grund war, dass das ifa (Institut für Auslandsbeziehungen) und die Freie Universität Berlin innerhalb Deutschlands bekannter sind als dies in den USA der Fall wäre, was die Kontaktaufnahme erleichtert und – so die Hoffnung – den Rücklauf erhöhen würde. Eine Kontaktaufnahme mit Kollegen aus den USA oder mit US-amerikanischen Einrichtungen innerhalb Deutschlands hat sich bereits in der explorativen Phase dieses Projekts als schwierig erwiesen. Es ist anzunehmen, dass gerade in Abhängigkeiten des DOS, wie den US-Konsulaten oder der Botschaft, eine Unsicherheit bezüglich der künftigen inhaltlichen und personellen Ausrichtung herrscht und Anfragen, die auf Kommentierung und politische Forderungen abzielen, daher momentan von dieser Seite schwieriger zu bearbeiten sind.¹²

3.2 Ergebnisse und Analyse der Expertenbefragung¹³

3.2.1 Institutionen/Organisationen und Akteure

Die Umfrage wurde zwischen dem 26. April 2017 und dem 15. Mai 2017 durchgeführt.¹⁴ Von 50 angeschriebenen Expertinnen und Experten, welche in diversen Institutionen mit einem Fokus auf transatlantische Beziehungen, Kulturpolitik, Austausch und/oder Bildungsarbeit tätig sind, haben insgesamt 19 Individuen (38 Prozent) den elektronisch versandten Fragebogen ausgefüllt.¹⁵ Die Ergebnisse sollten aufgrund dieser relativ geringen Fallzahl nicht als quantitativ repräsentativ angesehen werden, sondern eher einen punktuellen Überblick zu den Einschätzungen ausgewählter Experten und Expertinnen vermitteln. Es ist wichtig zu betonen, dass in der Umfrage einzelne Personen in führenden Funk-

¹² Dennoch wurden auch hier Ansprechpartner angeschrieben, von denen es allerdings keinen Rücklauf bezüglich der Umfrage gegeben hat.

¹³ Der komplette Fragebogen steht im Anhang zur Verfügung.

¹⁴ Die vollständige Liste der angeschriebenen Institutionen sowie der komplette, erfasste Datensatz können auf begründete Anfrage hin vom Autor zur Verfügung gestellt werden.

¹⁵ Von den folgenden Institutionen gab es dabei Rücklauf: Alexander von Humboldt-Stiftung; Amerikazentrum Hamburg e.V.; Aspen Institute Deutschland e.V./Public Program, Management; Atlantische Akademie Rheinland-Pfalz e.V.; Carl-Schurz-Haus-Freiburg, Direktion; DAAD, Außenstelle New York; DAAD, Nordamerikareferat; Deutsch-Amerikanisches Institut Heidelberg; Deutsch-Amerikanisches Institut Saarbrücken; Deutsch-Amerikanisches Institut Tübingen; Deutsche Forschungsgemeinschaft; Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ); Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin), Vorstandsbereich; Freie Universität Berlin, John-F.-Kennedy-Institut für Nordamerikastudien; *German Historical Institute Washington DC*; Goethe-Institut Nordamerika; *Obama Institute for Transnational American Studies*, Johannes Gutenberg Universität Mainz; Pädagogischer Austauschdienst (PAD) des Sekretariats der Kultusministerkonferenz; Stiftung Wissenschaft und Politik.

tionen angeschrieben und die jeweiligen Einschätzungen und Eindrücke erbeten wurden. Die Ergebnisse stellen daher nicht eine offizielle Stellungnahme oder die Ansichten der Institution dar, auch wenn die teilnehmenden Personen durchaus aus ihrer jeweiligen Funktion heraus an die Beantwortung der Fragestellungen herangegangen sein mögen.

Obwohl auch amerikanische Institutionen angeschrieben wurden, wurde der Fragebogen ausschließlich von Individuen deren institutioneller Hauptsitz in Deutschland liegt, beantwortet. Darunter waren jedoch auch Experten und Expertinnen, die derzeit eine Stelle in den USA innehaben. Alle partizipierenden Individuen sind dabei in Führungspositionen tätig.

Bei der Frage nach den Sektoren, in denen die jeweiligen Institutionen einzuordnen wären, waren Mehrfachnennungen möglich. Der Großteil der Befragten ist in Hochschulen oder wissenschaftlichen Institutionen sowie im Bereich der Bildungsarbeit tätig. Staatliche Einrichtungen sind mit denen aus der Zivilgesellschaft/dem Vereinswesen gleich auf. Zudem sind leitende Mitarbeiter diverser Thinktanks, aus der Kunst, sowie der Wirtschaft, den Medien oder der Forschung im Datensatz vertreten.



Abbildung 8: Sektoren der befragten Institutionen

3.2.2 Wahrnehmung

Stellt der Wahlsieg von Donald Trump eine politische Zäsur für die „transatlantische Wertegemeinschaft“ dar?

Die Wahrnehmung des Wahlsiegs Trumps in Hinblick auf die transatlantischen Beziehungen verunsichert größtenteils: Zwar antworteten bei dieser Frage 42 Prozent mit „noch nicht absehbar“, allerdings glauben nur 16 Prozent, dass durch die Präsidentschaft Trump keine politische Zäsur eingetreten ist, während 37 Prozent diese Frage bereits bejahen.

3. Umfragebasierte Datenerhebung zentraler Akteure und Institutionen

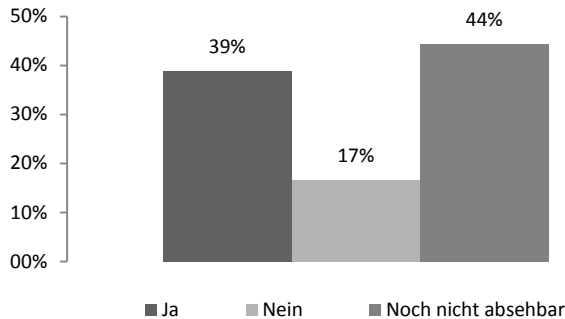


Abbildung 9: Anteil der befragten Personen, die den Wahlsieg von Donald Trump als eine politische Zäsur für die „transatlantische Wertegemeinschaft“ sehen; Quelle: eigene Darstellung

Die kulturellen Beziehungen zwischen Deutschland und den USA werden durch die Präsidentschaft von Donald Trump zukünftig _____.

Auch in Bezug auf eine konkretere Einschätzung zur Zukunft der deutsch-amerikanischen Kulturbeziehungen sind vor allem die ausgelassenen Optionen aussagekräftig: keine der befragten Individuen glaubt demnach, dass sich die Beziehungen in Zukunft unter Trump besser oder deutlich besser werden. Immerhin glaubt ein Drittel der Befragten, dass es in diesem Feld keine wesentlichen Veränderungen geben wird. Die klare Mehrheit ist indessen pessimistisch: 66 Prozent glauben, dass die Beziehungen künftig entweder schlechter oder deutlich schlechter werden.

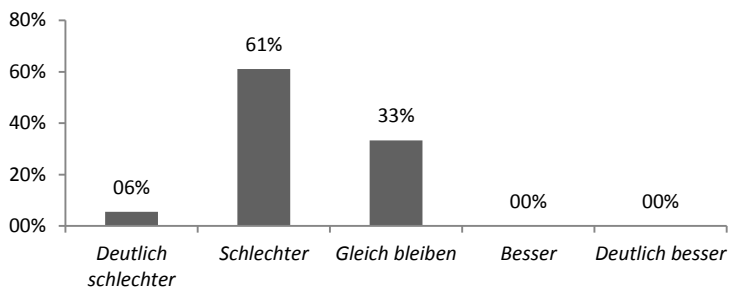


Abbildung 10: Anteil der befragten Personen, die die kulturellen Beziehungen zwischen Deutschland und den USA durch die Präsidentschaft von Donald Trump zukünftig „deutlich schlechter“, „schlechter“, „gleich bleiben“, „besser“ oder „deutlich besser“ einschätze; Quelle: eigene Darstellung

3.2.3 Implikationen

Änderungen im Bundeshaushalt der USA haben _____ Auswirkungen auf Ihren Tätigkeitsbereich.

In Bezug auf den Einfluss des Bundeshaushalts der USA zeigt sich ein gemischtes Bild: zu etwa einem Drittel sind die Tätigkeitsbereiche der befragten Individuen direkt, indirekt oder gar nicht von Kürzungen oder Erhöhungen betroffen. So lässt sich aber eben auch feststellen, dass über zwei Drittel (68 Prozent) der in Deutschland angesiedelten Institutionen auf direkte oder indirekte Art von Entscheidungen über die Staatsausgaben der USA betroffen wären. In Hinblick auf die vorgeschlagenen Kürzungen im bereits erwähnten „America First“-Entwurf, wäre hierbei wohl tendenziell eher mit einer Verknappung der zur Verfügung stehenden Ressourcen zu rechnen, die sich dementsprechend auch bei einem Großteil der in Deutschland angesiedelten Institutionen direkt oder indirekt bemerkbar machen würde.

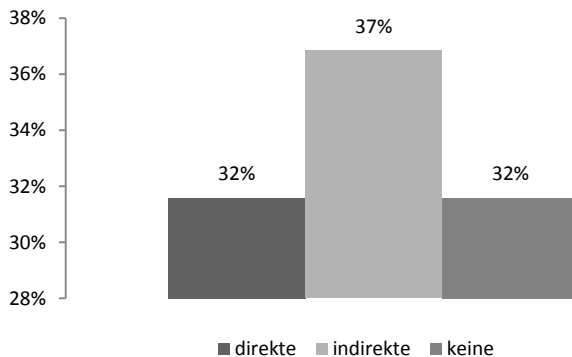


Abbildung 11: Anteil der befragten Personen, die „direkte“, „indirekte“ oder „keine“ Auswirkungen auf ihren Tätigkeitsbereich sehen, durch Änderungen im Bundeshaushalt der USA; Quelle: eigene Darstellung

Ist seit dem US-Wahlkampf 2016 ein Wandel in Ihrem Tätigkeitsbereich spürbar?

Auch in Hinblick auf bereits eingetretene Veränderungen im jeweiligen Tätigkeitsbereich macht sich die 3-1 Aufteilung bemerkbar, was insgesamt ein stimmiges Bild bezüglich eines Zusammenhangs zwischen Implikationen und Wahrnehmung vermuten lässt: Auch hier sagt rund ein Drittel, dass bisher und im Zuge des Wahlkampfes 2016 noch keine spürbaren Änderungen bemerkbar waren. Aber so stellt eben auch eine knappe zweidrittel Mehrheit bereits einen Wandel fest.

3. Umfragebasierte Datenerhebung zentraler Akteure und Institutionen

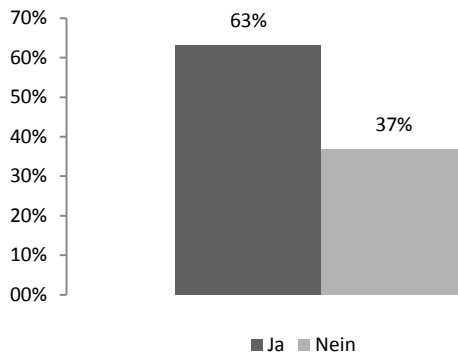


Abbildung 12: Anteil der befragten Personen, die seit dem US-Wahlkampf 2016 einen Wandel in Ihrem Tätigkeitsbereich spüre; Quelle: eigene Darstellung

Wenn ja: Wie drückt sich dieser Wandel aus? (Kurze Beschreibung)

In den Antworten auf diese Frage drückt sich insgesamt ein breites Spektrum an Themenfeldern und Faktoren aus. Insgesamt lässt sich dabei zum einen Verunsicherung in Hinblick auf die Auswirkung gegenwärtiger oder künftiger Entwicklungen herauslesen: Die Wahl von Trump stelle somit unter anderem „auf fundamentale Weise in Frage, inwieweit auf die USA als Partner noch Verlass ist“, und führe zu Unsicherheit bezüglich der Zukunft der transatlantischen Beziehungen, während angemerkt wird, dass „Kontakte zu den USA werden schwieriger“ würden – insbesondere wenn es darum ginge mit „Konservativen“ ins Gespräch zu kommen. Ferner wird der Wahlausgang als deutliches Zeichen für die politische Polarisierung und die „Schwächung öffentlicher Kultur“ gedeutet. Konkretere Sorgen werden hinsichtlich der Kürzung von bestehenden Programmen und Personalengpässen durch den angekündigten „*hiring freeze*“ artikuliert. Mehrfach wird angesprochen, dass in der Wissenschaft große Verunsicherung bezüglich künftiger Reisebestimmungen und Budgetkürzungen (gerade in den Geisteswissenschaften) herrsche. Ebenso wird eine „allgemeine Sorge um Wissenschaftsfreiheit und den Status von ‚Experten‘ und harten Fakten“ bekundet.

Zum anderen wird aber auch auf eine größere Nachfrage nach der jeweiligen Expertise, zunehmendem Interesse der Öffentlichkeit und notwendigen Gesprächs- und Dialogbedarf hingewiesen. Neben den erwähnten negativen Entwicklungen wird also grundsätzlich auch darauf hingewiesen, dass das öffentliche Interesse an der Arbeit der jeweiligen Institutionen als Konsequenz des Wahlausgangs gestiegen sei. Es herrsche beispielsweise „viel Diskussionsbedarf, großes Interesse an politischen Themen und kritischer Auseinandersetzung“ während man sich unter anderem als „Amerikaerklärer“ im ver-

stärkten Fokus der Öffentlichkeit sieht und der eigenen Arbeit „mehr Relevanz beigemessen“ wird.

Erwarten Sie im Verlauf der Präsidentschaft von Donald Trump (weitere) Veränderungen für Ihren Tätigkeitsbereich?

Der Unterschied zur vorangegangenen Frage scheint zunächst marginal; auch bleibt das bereits etablierte Verhältnis in etwa erhalten, obschon der Anteil derjenigen, die noch weitere Veränderungen erwarten, wächst. In Anbetracht der vorherigen Ergebnisse erschließt sich dies durchaus, ergibt somit ein stimmiges Bild und zeigt, dass fast drei Viertel der Befragten mit Veränderungen für den eigenen Tätigkeitsbereich im Verlauf der Trump Präsidentschaft rechnen.

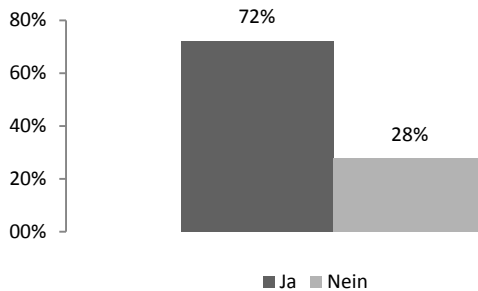


Abbildung 13: Anteil der befragten Personen, die im Verlauf der Präsidentschaft von Donald Trump (weitere) Veränderungen für Ihren Tätigkeitsbereich erwarten; Quelle: eigene Darstellung

Wenn ja, welche? (Kurze Beschreibung)

Da, wie durch die vorangegangenen Ergebnisse aufgezeigt, die Erwartungen hinsichtlich künftiger Entwicklungen in den Kulturbeziehungen eher pessimistisch ausfallen und die Mehrheit der Befragten (weitere) Veränderungen unter Trump erwartet, ist es wenig überraschend, dass die Antworten auf diese Frage statt Optimismus eher eine Reihe von Sorgen und Befürchtungen zum Ausdruck bringen. Darunter wird vor allem die Sorge vor Kürzungen der Finanzmittel seitens der US-Regierung mehrfach angesprochen. Ebenso sorgt man sich über eine Verschärfung der Einreisebestimmungen und die mögliche „Schwächung öffentlicher Institutionen in Kultur und Bildung“. Bei einigen der Stiftungen und Austauschprogramme rechnet man offenbar mit Rückgängen der Bewerberzahlen für die USA, sieht aber gleichzeitig die Chance für eine Verschiebung von Schwerpunkten in andere Regionen und sogar einen möglichen Bedeutungszuwachs für den Wissenschaftsstandort Deutschland. So erwartet man unter anderem „ein verstärktes

Bedürfnis von jetzt noch in den USA basierten WissenschaftlerInnen, sich verstärkt nach Europa und Deutschland zu orientieren“. Es zeichnet sich hier also in Kombination mit anderen Aussagen auch die Prognose ab, dass die USA unter Trump wohl international an Ansehen verlieren und als Austauschpartner an Attraktivität abnehmen könnten.

3.2.4 Anpassung von Inhalten und Außenwirkung

Hat Ihre Institution bereits Änderungen in ihrer inhaltlichen Ausrichtung vorgenommen oder beabsichtigt sie, dies zu tun?

Unter diesem Frageblock sollte auf erste Konsequenzen innerhalb der jeweiligen Institutionen eingegangen werden. Es zeigt sich, dass der Großteil der beteiligten Individuen (72 Prozent) in der eigenen Institution und als Reaktion auf den Ausgang der Wahl noch keine Absicht auf eine inhaltliche Änderung ausgemacht haben. Dies mag zum einen zum Ausdruck bringen, dass es sich zum Zeitpunkt der Umfrage (Ende April/Anfang Mai 2017) noch um einen sehr frühen Zeitpunkt in der Trump-Präsidentschaft handelte. Zum anderen könnte sich hier aber auch ausdrücken, dass man im Wesentlichen im eigenen Tätigkeitsbereich die Arbeit wie gewohnt weiterführen wird. Immerhin antworteten hier aber bereits 28 Prozent mit ja, was im folgenden Punkt genauer zu untersuchen ist. Es fällt aber anhand der Ziffern bereits der möglicherweise leichte Widerspruch auf, durch den zwar 72 Prozent mit Veränderungen im eigenen Tätigkeitsbereich rechnen, gleichzeitig aber 72 Prozent auch angeben, dass bisher keine inhaltliche Anpassung geplant wäre.

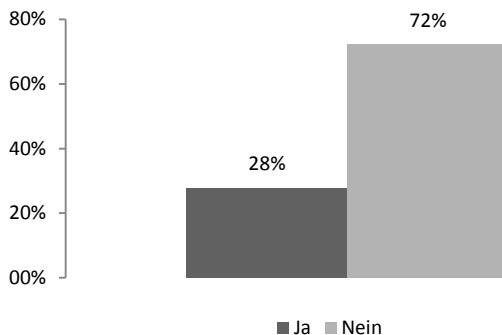


Abbildung 14: Anteil der befragten Personen, in deren Institution bereits Änderungen in ihrer inhaltlichen Ausrichtung vorgenommen wurden oder beabsichtigt sind; Quelle: eigene Darstellung

Wenn ja, welche?

Interessanterweise zeigt sich in den wenigen Antworten, die einen bereits eingetretenen oder geplanten Wandel innerhalb der eigenen Institution genauer erläutern, dass sie damit tendenziell eher eine Verstärkung der eigenen Aktivitäten unter Berücksichtigung eines erweiterten Zielgruppenkreises vermuten. Auch hier ist also ein Stück weit Kontinuität im Spiel, wenn es darum geht auf die Veränderungen einzugehen, die 72 Prozent der Befragten in den vorhergegangenen Fragen noch prognostizierten. Zum einen wird hier angedeutet, dass neue Foren des Austauschs etabliert und weitere Zielgruppen angesprochen werden sollen. Im Wesentlichen scheinen aber auch derartige Änderungen eher einer Verstärkung der bereits bestehenden Tätigkeitsfelder gleichzukommen.

Hat Ihre Institution bereits Änderungen in ihrer Kommunikation/Öffentlichkeitsarbeit vorgenommen oder beabsichtigt sie, dies zu tun?

Möchte man die Kommunikations- und Öffentlichkeitsarbeit von inhaltlichen Veränderungen trennen, kommt es zugegebenermaßen ein Stück weit auf den Tätigkeitsbereich der jeweiligen Institution an. So ist durchaus möglich, dass die zwei Felder sich stark überlappen. Nichtsdestotrotz zeigt sich, dass hier ein größerer Anteil der Befragten (39 Prozent) angibt, dass ein Wandel bereits eingetreten oder beabsichtigt ist. Dennoch ist auch hier bezeichnend, dass wieder eine Mehrheit der befragten Institutionen offenbar nicht vor hat, in Reaktion auf die Trump-Wahl Änderungen an der eigenen Kommunikationsstrategie vorzunehmen.

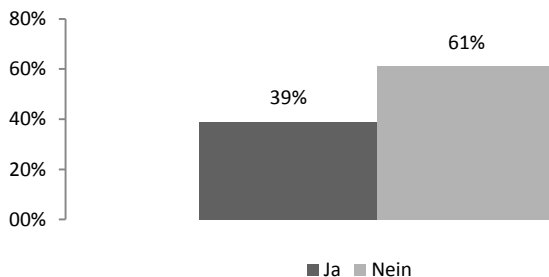


Abbildung 15: Anteil der befragten Personen, deren Institution bereits Änderungen in ihrer Kommunikation/Öffentlichkeitsarbeit vorgenommen hat oder beabsichtigt; Quelle: eigene Darstellung

Falls ja, inwiefern?

In den konkreten Angaben zu Veränderungen in der Kommunikations- und Öffentlichkeitsarbeit zeichnet sich erneut vorrangig ab, dass es hier maßgeblich um eine Verstärkung der Reichweite zu Partnern oder der Öffentlichkeit geht. Gleichzeitig ist hier aber

auch von einer selektiveren Strategie die Rede, wenn es darum geht Netzwerke zu pflegen und zu erschließen und gezielt auf Partner in den USA zuzugehen. Dabei ist etwa von einer Verstärkung der regionalen Zusammenarbeit die Rede oder vom Aufbau von Netzwerken, „die Ausfälle in den USA kompensieren“ sollen. Ebenso wird eine stärkere Medienpräsenz und Ausrichtung auf Öffentlichkeitsarbeit genannt. In einigen der Antworten zeigt sich außerdem, dass man sich von der Regierung Trumps und deren politischen Entscheidungen eher distanzieren möchte. So wird auch auf die Teilnahme am weltweiten „*March of Science*“ hingewiesen oder kundgetan, dass man möglicherweise auf „auf Besuche der diplomatischen Vertreter der USA in Deutschland, die von Trump berufen werden“ in Zukunft eher verzichten werde.

3.2.5 Schwerpunktsetzung

Was sind die drei wichtigsten Themen für die künftigen Kulturbeziehungen zwischen Deutschland und den USA? (Stichworte bitte durch Kommata trennen)

Bezeichnend ist hier, dass zwar einerseits explizit um drei Themenfelder gebeten wurde, in den Ergebnissen aber trotz der Vielzahl der Antworten kein einzelnes Thema dominiert. Die Hauptthematiken, die angeführt werden, sind also weit gestreut und es kommt zu keinem Konsens darüber, welche zentralen Bereiche künftig relevant werden könnten. Zum einen drückt dies sicherlich die unterschiedlichen institutionellen Perspektiven der befragten Individuen aus. Zum anderen zeigt sich hier möglicherweise auch ein Stück weit die volle Breite der Thematiken, die als Schwerpunkte genannt werden und zu denen innerhalb der transatlantischen Beziehungen momentan Klärungsbedarf zu herrschen scheint. Mehrere der Antworten betonen dabei aber auf unterschiedliche Art und Weise die Bedeutung von Kontinuität und die Pflege der transatlantischen Beziehungen, den Austausch und den Erhalt von Mobilität. Andere setzen neue Schwerpunkte und weisen auf Transformationsprozesse hin, etwa in Bezug auf Klimaschutz, Populismus oder neue Medien. In unterschiedlicher Form taucht hier ebenfalls das Konzept der Zivilgesellschaft auf, welchem scheinbar eine erhöhte Bedeutung zugemessen wird. Aufgrund der Auswahl der beteiligten Institutionen und deren Schwerpunktsetzung ist es außerdem nicht verwunderlich, dass Begriffe wie „Bildung“, „Wissenschaft“, „Bildungsaustausch“ oder „Forschung“ mehrfach als wichtige Thematiken genannt werden.

3.2.6 Politische Forderungen

In welchen Bereichen sollte die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik (AKBP) der Bundesrepublik Deutschland verstärkt aktiv werden? (Stichworte)

In den unterschiedlichen politischen Forderungen, die an dieser Stelle von den Befragten artikuliert wurden, spiegeln sich die inhaltlichen Schwerpunkte der verschiedenen Tätigkeitsbereiche deutlich wider. Es mag dabei zum einen aus institutioneller Sicht wenig überraschend sein, dass größtenteils für eine weitere oder zunehmende Unterstützung der laufenden Programme plädiert wird. Zum anderen zeigt sich in diesen doch sehr allgemeinen Forderungen, die insgesamt eher auf Unterstützung der bestehenden AKBP abzielen als neue Ziele zu artikulieren, welcher Stellenwert ganz grundsätzlich den eigenen Aufgabebereichen zugemessen wird, wenn es um die Zukunft der Kulturbeziehungen geht. Dies mag einerseits als ein Indiz der Verunsicherung über künftige politische Entwicklungen gedeutet werden, andererseits ist es aber wohl auch ein Ausdruck des Selbstbewusstseins und Vertrauens in die Bedeutung der eigenen Arbeit, die hier reflektiert wird.

Da diese Fragen relativ offen gestellt wurden, werden die gesammelten Antworten hier, wie auch im nächsten Unterpunkt, in Gänze wiedergegeben.

- Auf jeden Fall im Bereich der Zivilgesellschaft - zwischenmenschliche Kontakte auf allen Ebenen (politisch wie auch zwischen Vereinen, Schulen, sozial Engagierten) sind die Grundlage für eine gute Beziehung zwischen Nationen; Jugendarbeit ist extrem wichtig, auch Lehrer/innen als Multiplikatoren sollten entsprechend Kontakt mit US-Kollegen pflegen. Die bereits vorhandenen bundesdeutschen Institute (z.B. 10 Deutsch-Amerikanische Institute sowie weitere Einrichtungen) sollten dazu besser ausgestattet werden - wir verbringen viel zu viel Zeit mit dem Einwerben von Mitteln für unsere Infrastruktur. Bisher erhalten nur 5 Institute eine kleine Projektförderung für ihre Veranstaltungsarbeit.
- Amerikaner aus allen Bevölkerungsgruppen nach DE bringen, Amerikabild in Deutschland auch im Zeitalter Trump differenzierter darstellen
- ehrlich über die Abhängigkeiten von den USA sprechen.
- Kultur im engeren Sinn: die Künste
- Migration/ Integration, Klimaschutz
- Flüchtlingsproblematik; gem. Strategien im Umgang mit gesell. Auswirkungen der Digitalisierung u. Globalisierung;
- Stützung von Minderheitenrechten
- Akademischer Austausch und Deutsche Sprache/German Studies im Ausland
- Technikfolgen für Medien und Kultur

3. Umfragebasierte Datenerhebung zentraler Akteure und Institutionen

- Social media (ist in den USA weit mehr im Fokus als in Deutschland), fragmentierte Identität in den USA und Deutschland
- Weiter mit dem guten Beispiel vorangehen, also z.B. die Weltoffenheit als best practice präsentieren, gerade auch in der Flüchtlingspolitik. Deutschland muss immer darauf hinweisen, wie wichtig die Freiheit der Wissenschaft (peer review-Prinzip) bei gleichzeitiger staatlicher Förderung der Wissenschaft ist. Deutschland muss aber auch ganz klar seine eigenen Interessen beim wissenschaftlichen und akademischen Austausch formulieren und verfolgen.
- Schul- und Hochschulbereich, Städtepartnerschaften, Medien, PublicPrivate-Partnerships
- Schüleraustausch; Auslandsaufenthalte von dt. Studierenden; dt. Universitäten als günstige Alternative für US-Studierende
- Schüler- und Studierendenaustausch, Städtepartnerschaften
- Stärkung nachhaltiger Wissenschaftsbeziehungen, Ausbau der Förderprogramme für den Personenaustausch
- Förderung von wissenschaftlichem Austausch

In welchen Bereichen sollte die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik (AKBP) der Vereinigten Staaten verstärkt aktiv werden? (Stichworte)

In den Antworten auf die Forderungen gegenüber der Auswärtigen Kulturpolitik der USA spiegeln sich ähnliche Stoßrichtungen wie unter der vorherigen Frage wider. Allerdings wird hier auch deutlich, dass viele der Forderungen im Wesentlichen in Richtung Nichtumsetzung von geplanten oder angekündigten Zielen der neuen Regierung zielen. Zum einen wird direkt oder indirekt auf eine Erhöhung des Budgets für Formen der Kulturpolitik oder des Bildungsaustausch gesetzt, zum anderen werden verstärkte Anstrengungen im Rahmen der Integration oder der transnationalen Verständigung gefordert – ebenso wie eine Einstellung der sogenannten „Travel ban“ Pläne oder der Verschärfung von Einreiseregularien. All dies sind Forderungen, die diametral zu Trumps angekündigter Agenda unter dem Stichwort „America First“ und den anvisierten Haushaltskürzungen verlaufen.

- Inhaltlich: s.o. Finanziell: Während die öffentliche Zuwendungen aus Deutschland ca. ein Drittel unseres Budgets ausmachen, beträgt der Anteil der US-amerikanischen Mittel nur noch 2-3% (Projektmittel) - d.h. hier wäre ein großer Bedarf, denn letztlich repräsentieren wir die US-Kultur in Deutschland ähnlich umfassend wie die Goethe-Institute die dt. Kultur in den USA. Angesichts der zu erwartenden Kürzungen im US-State Department ist Optimismus allerdings fehl am Platz.

3. Umfragebasierte Datenerhebung zentraler Akteure und Institutionen

- Die sollen die bestehenden Programme (Fulbright usw.) nicht einstellen...
- Den Wert Europas und europäische Werte erklären. Erklären, was die Konsequenzen von US-Außenpolitik für die Welt sind.
- Schüler- und Studierendenaustausch, mehr Mittel für nicht-staatliche Einrichtungen, Projekte für Jugendliche, Lehrerfortbildungen, Programme für Zielgruppen mit Migrationshintergrund
- Es sollte sie geben („soft power“ ist keine Kulturpolitik).
- US-AKBP sollte mind. auf bisherigen Stand betrieben u. nicht eingeschränkt werden!
- Akademischer Austausch
- kulturell-historisches Verständnis der USA
- Mehr Geld für wissenschaftlichen/akademischen Austausch zur Verfügung stellen! Mehr Geld für Austausch z.B. auch von Praktikanten zur Verfügung stellen. „Travel ban“ und Verschärfung der Visaregeln (H1B) nicht umsetzen.
- Schüleraustausch; Auslandsaufenthalte von Studierenden
- Komplexität neuer Technologien und Aufklärung, Thematisierung von Integration
- siehe 6.1.
- Stützung von Minderheitenrechten
- Stärkung nachhaltiger Wissenschaftsbeziehungen, Ausbau der Förderprogramme für den Personenaustausch
- Digitalisierung, Klimaschutz, Migration und Integration

3.2.7 Sonstige Anmerkungen/Feedback

Unter diesem Punkt wurde den Befragten die Möglichkeit gegeben, außerhalb der Struktur und Logik des Fragebogens, eigene Schwerpunkte zu setzen oder Kritik zu äußern. Rund die Hälfte aller Beteiligten nahm dieses Angebot in Anspruch. Dabei wurde unter anderem darauf hingewiesen, dass der kulturelle Austausch zwischen den beiden Nationen ein elementarer Bestandteil einer gemeinsamen Zukunft sei; dass die EU und Europäer zunehmend mit einer gemeinsamen Stimme sprechen müssten und mit den USA im Gespräch bleiben sollten; und dass man nicht versuchen solle, die amerikanischen Probleme zu lösen, sondern sich stattdessen als gesprächsbereiter Partner zu präsentieren. Einige Kommentare waren weniger optimistisch und brachten zum Ausdruck, dass man unter Trump persönlich nicht mehr in die USA reisen wolle oder auf ein baldiges *Impeachment* hoffe. Wiederum andere wiesen darauf hin, dass die US-deutschen Kulturbeziehungen robust seien und auch die kommenden Jahre überstehen würden, während ferner dafür appelliert wurde, Vertrauen in die etablierten Strukturen transatlantischer Beziehungen zu haben und politisch nicht zu überreagieren.

3. Umfragebasierte Datenerhebung zentraler Akteure und Institutionen

Die Ergebnisse der hier durchgeführten Befragung gleichen denen der noch vor dem Wahlkampf durchgeführten Statista-Befragung (unter Punkt 3. präsentiert) also insgesamt nur bedingt: Der überwiegende Pessimismus scheint hier ein wenig milder auszufallen und es zeichnet sich eine gewisse Bereitschaft ab, die bevorstehende Zeit auch als Chance zu nutzen, um öffentlich auf den Stellenwert und die Notwendigkeit der eigenen Arbeit hinzuweisen.

4. Handlungsspielräume und Hindernisse

Aus der hier vorgelegten Expertenumfrage sowie den präsentierten Zahlen und ersten politischen Entwicklungen lässt sich durchaus ablesen, dass es in vielerlei Hinsicht noch zu früh ist, um eine Bilanz über den Umschwung und die Implikationen einer neuen US-Politik zu ziehen. Dennoch zeichnen sich bereits mögliche Tendenzen ab, die sich benennen und in Zukunft weiterhin beobachten lassen. Insgesamt scheint der Verlauf und Ausgang der US-Präsidentenwahl zu einer großen Verunsicherung im Bereich der auswärtigen Kulturpolitik und den Kulturbeziehungen geführt zu haben. In den präsentierten Meinungsumfragen sowie in der hier durchgeführten Expertenbefragung gab es somit wenige bis gar keine Stimmen, die die Wahl Donald Trumps zum US-Präsidenten als eine begrüßenswerte Entwicklung in Hinblick auf die transatlantischen Beziehungen deuten würden. So kommt auch der Politikwissenschaftler Peter Rudolf in einem Bericht für die Stiftung Wissenschaft und Politik zu einem sehr ähnlichen Ergebnis:

„Bündnisverpflichtungen in Frage zu stellen [...] und einem ökonomischen Nutzenkalkül zu unterwerfen, pflanzt ein Element der Unsicherheit in die transatlantischen Beziehungen und nährt die Sorge, ob mit der Führungsmacht USA weiterhin zu rechnen ist.“
(Rudolf 2017: 1)

Die Analyse der bestehenden Programme und Institutionen zeigt zudem auf, dass auf deutscher Seite ein relativ breites Spektrum an Kultur- und Bildungsaustausch existiert, welches möglicherweise verstärkt und ausgebaut werden könnte. So gab Mitte Juni 2017 etwa das Goethe-Institut bekannt, dass die Kulturarbeit in den USA intensiviert werden soll. Klaus-Dieter Lehmann, dem Präsidenten des Goethe-Instituts zufolge, soll der Fokus insbesondere auf Austauschprogramme für Schüler und Lehrende gelegt werden: „Wir wollen dabei neue Zielgruppen für unsere Arbeit in den USA erreichen,“ so Lehmann in einem Pressegespräch (Tagesspiegel 2017). Ebenso ist Deutschland im Vergleich zu anderen europäischen Ländern nach wie vor der aktivste Ort für die gegenwärtig noch bestehenden, amerikanischen *Public Diplomacy*-Programme. Es scheint vielen Akteuren daher in Zukunft eher um den Erhalt der bereits bestehenden Programme zu gehen, denn um einen radikalen Wandel oder eine massive Verschiebung von Ressourcen.

Mit dem aktuellsten Haushaltsentwurf der Trump-Administration wird klar, wo die Prioritäten der Exekutive gesetzt werden: Kulturpolitische Programme, sowie die Geisteswissenschaften und Kunstprojekte sollen rigoros gestrichen werden. Auch wenn dies letztendlich nicht im geplanten Maße durchgesetzt wird, ist die Stoßrichtung eindeutig: Die Regierung legt nicht nur keinen Wert auf diese Programme; in vielerlei Hinsicht

könnte sie diese als störend für die eigene Agenda empfinden. Gerade in Institutionen des öffentlichen Rundfunks, der Wissenschaft oder den Künsten mag die Regierung Widersacher und Kritik an der eigenen Politik ausmachen. Es ist nicht auszuschließen, dass diese Wahrnehmung über kurz oder lang auch weitere Institutionen trifft, die sich als kritisch oder für die Durchsetzung der politischen Agenda der Trump-Regierung hinderlich erweisen.

In Anbetracht dieser Beobachtungen ergeben sich für Institutionen und Akteure, die in den transatlantischen Kulturbeziehungen tätig sind, im Wesentlichen die Optionen: Wandel oder Kontinuität. Ersteres könnte in dem Versuch liegen, sich den neuen Realitäten anzupassen. Dies würde entweder bedeuten, auf die neue Administration zuzugehen und sich auf deren Forderungen und Zielsetzungen einzulassen und gute Kontakte zur neuen republikanischen Führungsriege zu etablieren. Inwiefern dies für liberale, kulturpolitische Institutionen überhaupt eine Option wäre, ist jedoch nicht klar. Wandel würde also eher darin liegen, neue Möglichkeiten in der eigenen inhaltlichen und kommunikativen Ausrichtung einzuschlagen, die versuchen würden, Trumps Politik entgegenzutreten und die entsprechenden Wählerschaften als Zielgruppe zu erschließen. In diesem Fall wäre die Wahrscheinlichkeit groß, dass man von Seiten der US-Regierung zunehmend als oppositionell erachtet würde, was wiederum Möglichkeiten der Kooperation oder Einflussnahme deutlich erschweren dürfte.

Die zweite grundsätzliche Option für die auswärtige Kulturpolitik besteht in der Wahrung von Kontinuität und somit einer Haltung des Ausharrens. Wie zu Beginn angemerkt, handelte es sich bei Trumps Wahlsieg um eine sehr knappe Entscheidung. So sollte die politische Bewegung, der er die Präsidentschaft zu verdanken hat, möglicherweise nicht überbewerten werden. Auch der *Public Diplomacy*-Experte Paul Rockower merkt daher an, dass Trumps Unterstützer gesamtgesellschaftlich eine Minderheit darstellen, was ihn wiederum zu der Schlussfolgerung bringt: „*Part of the reason you wouldn't change course completely is because we don't know how long this will last.*“¹⁶ Für diesen Fall kommt auch hier Peter Rudolfs SWP-Studie zu einer ähnlichen Schlussfolgerung. Laut Rudolf sei es unter anderem „notwendig, die existierenden multilateralen Institutionen so gut wie möglich vor dem Verfall zu schützen – in der nicht unbegründeten Erwartung, dass sich das strategische Pendel unter einer anderen US-Administration wieder Richtung Mitte bewegt“ (Rudolf 2017: 6). Dabei bleibt anzumerken, dass auch in diesem Fall die Gefahr bestünde, von der US-Regierung als oppositionell wahrgenommen zu werden:

¹⁶ Im Gespräch mit dem Autor.

4. Handlungsspielräume und Hindernisse

Nicht etwa weil die eigene Linie sich verschiebt, sondern weil die politischen Ziele der Trump-Regierung in Teilen wohl unweigerlich mit den Grundpfeilern liberaler Institutionen, der transatlantischen Partnerschaft und der westlichen Wertegemeinschaft in Konflikt geraten könnte.

Ausgewählte Literatur

ARD (2017): US-Wahl. Angemessene Reaktion der Bundesregierung auf den Wahlsieg von Donald Trump 2016. Umfrage. Sollte die Bundesregierung nach dem Wahlsieg von Donald Trump eher offen auf ihn zugehen oder eher auf Distanz gehen?, Statista. Verfügbar unter: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/631950/umfrage/us-wahl-umfrage-zur-angemessenen-reaktion-der-bundesregierung-auf-wahlsieg-von-donald-trump/> [22.04.2017]

Auer, C./Srugies, A./Löffelholz, M. (2015): Schlüsselbegriffe der internationalen Diskussion - Public Diplomacy und Soft Power, in: Kultur und Außenpolitik. Handbuch für Wissenschaft und Praxis. Baden-Baden: Nomos, S. 39–46

Beauchamp, Z. (2017): The astonishing dysfunction of Trump's State Department, in: one quote, Vox, 10 March. Verfügbar unter: <https://www.vox.com/world/2017/3/10/14882684/state-department-mexico-briefing> [19.05.2017]

Berman, R. (2017): President Trump's "Hard Power" Budget, in: The Atlantic, 16. März. Verfügbar unter: <https://www.theatlantic.com/politics/archive/2017/03/president-trumps-hard-power-budget/519702/> [11.04.2017]

Borger, J. (2017): Rex Tillerson: "America first" means divorcing our policy from our values, in: The Guardian, 4. Mai. Verfügbar unter: <https://www.theguardian.com/us-news/2017/may/03/rex-tillerson-america-first-speech-trump-policy> [03.05.2017]

British Council (2012): Trust Pays. How international cultural relationships build trust in the UK and underpin the success of the UK economy. Verfügbar unter: <https://www.britishcouncil.org/sites/default/files/trust-pays-report-v2.pdf> [18.08.2017]

Brooks, D. (2017): The Trump Administration Talent Vacuum, in: The New York Times, 19 May. Verfügbar unter: <https://www.nytimes.com/2017/05/19/opinion/trump-white-house-staff.html> [20.05.2017]

Brown, K./Hensman, C. (2016): 2016 Comprehensive Annual Report on Public Diplomacy and International Broadcasting Focus on Fiscal Year 2015 Budget Data. United States Advisory Commission on Public Diplomacy. Verfügbar unter: <https://www.state.gov/pdcommission/reports/2016/index.htm> [18.08.2017]

Clüver, C. A. (2017): You are fired! Donald Trump bremst das State Department aus – mit gravierenden Folgen für die US-Außenpolitik, IPG. Internationale Politik und Gesellschaft. Verfügbar unter: <http://www.ipg-journal.de/kommentar/artikel/you-are-fired-2045/> [23.05.2017]

Cohn, N. (2017): A 2016 Review: Turnout Wasn't the Driver of Clinton's Defeat', in: The New York Times, 28 March. Verfügbar unter: <https://www.nytimes.com/2017/03/28/upshot/a-2016-review-turnout-wasnt-the-driver-of-clintons-defeat.html> [11.05.2017]

Cox, D./Lienisch, R./Jones, R. P. (2017): Beyond Economics: Fears of Cultural Displacement Pushed the White Working Class to Trump | PRRI/The Atlantic Report, PRRI.org, 9. Mai. Verfügbar unter: <https://www.prrri.org/research/white-working-class-attitudes-economy-trade-immigration-election-donald-trump/> [11.05.2017]

Cull, N. J. (2016): Engaging foreign publics in the age of Trump and Putin: Three implications of 2016 for public diplomacy, Place Branding and Public Diplomacy, 12(4), S. 243–246

Davidson, J. (2017): Tillerson to staff: State changes “really stressful” but ultimately “satisfying”, in: Washington Post, 5. Mai. Verfügbar unter: <https://www.washingtonpost.com/news/powerpost/wp/2017/05/05/tillerson-to-staff-state-changes-really-stressful-but-ultimately-satisfying/> [19.05.2017]

Dillen, M. (2017a): Public Diplomacy Dies in Darkness. USC Center on Public Diplomacy, CPD Blog. USC Center on Public Diplomacy, 3. März. Verfügbar unter: <https://uscpublicdiplomacy.org/blog/public-diplomacy-dies-darkness> [02.07. 2017]

Dillen, M. (2017b): The Trump Presidency: What to Watch. USC Center on Public Diplomacy, CPD Blog. USC Center on Public Diplomacy, 20. Januar. Verfügbar unter: <https://uscpublicdiplomacy.org/blog/trump-presidency-what-watch> [02.07.2017]

Fischer, K. (2017): Trump-Einreiseverbot trifft Goethe-Institute - “Das hat eine direkte Auswirkung auf unsere Arbeit”, in: Deutschlandfunk, 31. Januar. Verfügbar unter: http://www.deutschlandfunk.de/trump-einreiseverbot-trifft-goethe-institute-das-hat-eine.691.de.html?dram:article_id=377788 [02.07.2017]

Focus (2017): Donald Trumps Einreiseverbot für Muslime 2017. Umfrage. Wie finden Sie Donald Trumps Einreiseverbot für Muslime?, Statista. Verfügbar unter: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/669145/umfrage/meinung-zu-donald-trumps-einreiseverbot-fuer-muslime/> [22.04.2017]

Frank N. Magid Associates, Inc. (2016): Perceptions Of Germany Among The U.S. Population. Magid. German Information Center USA. Verfügbar unter:
<http://www.germany.info/contentblob/4776646/Daten/6427026/MAGID.pdf> [18.08.2017]

Goethe-Institut (2016): Kultur wirkt. Mit Evaluation Außenbeziehungen nachhaltiger gestalten. Verfügbar unter: <https://www.goethe.de/resources/files/pdf96/kultur-wirkt-broschre-september-2016.pdf> [18.08.2017]

Gregory, B. (2014): The paradox of US public diplomacy – Its rise and „demise“. Washington D.C.: Institute für Public Diplomacy and Global Communication (PDGC Special Report)

Harris, G. (2017): Tillerson in No Rush to Fill Nearly 200 State Department Posts, in: The New York Times, 27. April. Verfügbar unter:
<https://www.nytimes.com/2017/04/27/us/politics/state-department-diplomats-tillerson.html> [19.05.2017]

Helly, D. (2012): More Cultural Europe in the World. MORE EUROPE external cultural relations. MORE EUROPE. Verfügbar unter:
http://www.moreeurope.org/sites/default/files/more_cultural_europe_in_the_world_public.pdf [18.08.2017]

Hepworth, S. (2017): As US media gave Trump a honeymoon, international journalists took aim, in: Columbia Journalism Review. Verfügbar unter:
https://www.cjr.org/covering_trump/trump-journalists-international.php [20.05.2017]

Hohmann, J. (2017): The Daily 202: Eight ways Trump got rolled in his first budget negotiation, in: Washington Post, 1. Mai. Verfügbar unter:
<https://www.washingtonpost.com/news/powerpost/paloma/daily-202/2017/05/01/daily-202-eight-ways-trump-got-rolled-in-his-first-budget-negotiation/590687f2e9b69b3a72331f09/> [08.05.2017]

Kort, K. (2017): Tourismus: USA? Nein, danke!, 7. Juni. Verfügbar unter:
<http://www.handelsblatt.com/panorama/aus-aller-welt/tourismus-usa-nein-danke/19900092.html> [02.07.2017]

Kosinski, M./Koran, L. (2017): White House says State Department responsible for vacancies, CNN. Verfügbar unter: <http://www.cnn.com/2017/04/27/politics/rex-tillerson-vacancies-state-department-white-house/index.html> [19.05.2017]

Lee, M./Lederman, J. (2017): Tillerson Surveys State Department Workers Ahead of Overhaul, US News & World Report. Verfügbar unter:

<https://www.usnews.com/news/politics/articles/2017-05-01/tillerson-surveys-state-department-workers-ahead-of-overhaul> [10.05.2017]

Nier, H. (2017): Infografik: Diese Branchen betrifft Trumps Dekret am meisten, Statista Infografiken. Verfügbar unter: <https://de.statista.com/infografik/8999/branchen-mit-den-meisten-arbeitgeberantraegen-fuer-h-1b-visa-in-den-usa/> [16.05.2017]

Parlamentarisches Patenschafts-Programm PPP – Für junge Berufstätige und Auszubildende (no date). Verfügbar unter: <http://usapp.de/> [02.07.2017]

Peters, G. (1999): The American Presidency Project, in: Woolley, J. T. and Peters, G. (eds) Presidential Job Approval Ratings Following the First 100 Days. Santa Barbara, CA. Verfügbar unter: http://www.presidency.ucsb.edu/data/100days_approval.php [18.08.2017]

Powers, S./Kounalakis, M. (2017): Can Public Diplomacy Survive the Internet? Bots, Echochambers, and Disinformation. (Advisory Commission on Public Diplomacy). Verfügbar unter: <https://www.state.gov/documents/organization/271028.pdf> [18.08.2017]

Rudolf, P. (2017): US-Außenpolitik unter Präsident Trump: Zum Umgang mit neuen Herausforderungen in den transatlantischen Beziehungen, SWP-Aktuell, 10

Schumacher, F. (2015): Anspruch und Wirklichkeit in Geschichte und Gegenwart - Die Auswärtige Kulturpolitik der USA, in: Kultur und Außenpolitik. Handbuch für Wissenschaft und Praxis. Baden-Baden: Nomos, S. 349–356

Snell, K./O’Keefe, E. (2017): What’s in the Spending Agreement? We Read It so You Don’t Have To, in: The Washington Post, 1. Mai. Verfügbar unter:

<https://www.washingtonpost.com/news/powerpost/wp/2017/05/01/whats-in-the-spending-agreement-we-read-it-so-you-dont-have-to/> [08.05.2017]

Statista (2016a): Dossier: US-Wahl. Verfügbar unter:

<https://de.statista.com/statistik/studie/id/11598/dokument/us-wahl-statista-dossier/> [22.04.2017]

Statista (2016b): Trump vs. Clinton: Umfrage in Deutschland zur US-Wahl 2016. US-Wahl: Hätten Sie lieber Hillary Clinton oder Donald Trump als US-Präsident, Statista. Verfügbar unter: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/546187/umfrage/trump-vs-clinton-umfrage-in-deutschland-zur-us-praesidentschaftswahl/> [22.04.2017]

Statista (2016c): Trump vs. Clinton: Umfrage in Deutschland zur US-Wahl 2016. US-Wahl: Was denken Sie, wie werden sich die deutsch-amerikanischen Beziehungen unter Donald Trump zukünftig verändern?, Statista. Verfügbar unter: de.statista.com/statistik/daten/studie/664805/umfrage/umfrage-zur-veraenderung-der-beziehungen-zwischen-deutschland-und-usa-unter-donald-trump/ [22.04.2017]

Statista (2016d): US-Wahl 2016: Alle Fakten und Daten, de.statista.com. Verfügbar unter: <https://de.statista.com/themen/1030/us-wahl/> [02.07.2017]

Tagesspiegel (2017): Goethe-Institut verstärkt Arbeit in den USA, 8 Juni, S. 23

Tillerson, R. W. (2017): Remarks to U.S. Department of State Employees. U.S. Department of State. Verfügbar unter: <http://www.state.gov/secretary/remarks/2017/05/270620.htm> [19.05.2017]

Timmons, H. (2017): Charted: Trump's "America First" budget looks nothing like what the government will do in 2017, Quartz, 8 May. Verfügbar unter: <https://qz.com/974098/charted-the-spending-bill-congress-is-expected-to-pass-this-week-looks-nothing-like-the-america-first-budget-trump-wants/> [03.05.2017]

Trade. gov. (no date): Top U.S. Trade Partners. U.S. Department of Commerce, Census Bureau, Economic Indicators Division. Verfügbar unter: http://www.trade.gov/mas/ian/build/groups/public/@tg_ian/documents/webcontent/tg_ian_003364.pdf [18.08.2017].

Anhang

FRAGEBOGEN – Zukunft der Kulturbeziehungen USA-Deutschland

1. Institution / Organisation (offizieller Name); Teilbereich / Abteilung

1.1. Name der ausfüllenden Person

1.1.1. Funktion der ausfüllenden Person

1.2. Kontakt (z.B. Email) für eventuelle Rückfragen

1.3. Nationale Zugehörigkeit der Institution (Hauptsitz)

- USA
- Deutschland
- Sonstige

1.4. Sektor (ggf. mehrfach ankreuzen)

- Wert
- Staatlich
- Privat
- Bildung
- Hochschule / Wissenschaft
- Medien
- Kunst
- Wirtschaft
- Think Tank / Denkfabrik
- Zivilgesellschaft / Vereinswesen
- Sonstige

2. Wahrnehmung

2.1. Stellt der Wahlsieg von Donald Trump eine politische Zäsur für die "transatlantische Wertegemeinschaft" dar?

- Ja / Nein / noch nicht absehbar

2.2. Die kulturellen Beziehungen zwischen Deutschland und den USA werden durch die Präsidentschaft von Donald Trump zukünftig _____. (3 = gleich bleiben)

1 = besser . . . 5 = schlechter

3. Implikationen

3.1. Änderungen im Bundeshaushalt der USA haben _____ Auswirkungen auf Ihren Tätigkeitsbereich.

- a) direkte
- b) indirekte
- c) keine

3.2. Ist seit dem US-Wahlkampf 2016 ein Wandel in Ihrem Tätigkeitsbereich spürbar?

- Ja / Nein

3.2.1. Wenn ja: Wie drückt sich dieser Wandel aus? (Kurze Beschreibung)

3.3. Erwarten Sie im Verlauf der Präsidentschaft von Donald Trump (weitere) Veränderungen für Ihren Tätigkeitsbereich?

- Ja / Nein

3.3.1. Wenn ja, welche? (Kurze Beschreibung)

4. Anpassung von Inhalten und Außenwirkung

4.1. Hat Ihre Institution bereits Änderungen in ihrer inhaltlichen Ausrichtung vorgenommen oder beabsichtigt sie, dies zu tun?

- Ja / Nein

4.1.1. Wenn ja, welche?

4.2. Hat Ihre Institution bereits Änderungen in ihrer Kommunikation / Öffentlichkeitsarbeit vorgenommen oder beabsichtigt sie, dies zu tun?

- Ja / Nein

4.2.1. Falls ja, inwiefern?

5. Schwerpunktsetzung

5.1. Was sind die drei wichtigsten Themen für die künftigen Kulturbeziehungen zwischen Deutschland und den USA? (Stichworte bitte durch Kommata trennen)

6. Politische Forderungen

6.1. In welchen Bereichen sollte die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik (AKBP) der Bundesrepublik Deutschland verstärkt aktiv werden? (Stichworte)

6.2. In welchen Bereichen sollte die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik (AKBP) der Vereinigten Staaten verstärkt aktiv werden? (Stichworte)

Sonstige Anmerkungen / Feedback

Zum Autor

Dr. Curd Knüpfer arbeitet derzeit als *postdoctoral scientist* an der George Washington University und der dortigen School of Media and Public Affairs. Zuvor war er als Lehrbeauftragter und Postdoktorand am John-F.-Kennedy-Institut der Freien Universität Berlin tätig. Anfang 2015 schloss er dort seine Promotion zu rechtskonservativen Medien in den USA und deren Berichterstattung über US-Außenpolitik ab. Seine Forschungsinteressen liegen in der politischen Kommunikation und US-Außenpolitik, mit einem besonderen Fokus auf Medienfragmentierung und politischer Polarisierung. Seine aktuellen Forschungsprojekte befassen sich mit den politischen Auswirkungen von Mediensystemen im Wandel und den transnationalen Aspekten von *Framing*-Prozessen.

Kontakt: curdknupfer@gwu.edu

Impressum

Die Studie ist entstanden im Rahmen des ifa-Forschungsprogramms „Kultur und Außenpolitik“ und erscheint in der ifa-Edition Kultur und Außenpolitik. Das Forschungsprogramm wird finanziert aus Mitteln des Auswärtigen Amts.

Die Publikation gibt ausschließlich die persönliche Auffassung des Autors wieder.

Herausgeber: ifa (Institut für Auslandsbeziehungen e. V.),
Charlottenplatz 17, 70173 Stuttgart,
Postfach 10 24 63, D-70020 Stuttgart,
info@ifa.de, www.ifa.de
© ifa 2017

Autor: Dr. Curd Knüpfer

Redaktion/Lektorat: ifa-
Forschungsprogramm „Kultur und
Außenpolitik“

Bildnachweis: Andreas Mayer,
Stuttgart

Design: Eberhard Wolf, München

ISBN: 978-3-921970-31-7

Weitere Publikationen der ifa-Edition Kultur und Außenpolitik



Stuart MacDonald: „The Impact of Brexit on International Cultural Relations in the European Union“ Stuttgart: ifa, 2017 (ifa Edition Culture and Foreign Policy)



Bastian Lange: „Kreativwirtschaft international. Schnittmengen zur Auswärtigen Kulturpolitik“ Stuttgart: ifa, 2017 (ifa-Edition Kultur und Außenpolitik)



Paul Mihailidis, Liat Racin, Eric Gordon: „Digital Crossroads. Civic Media and Migration“ Stuttgart: ifa, 2016 (ifa Edition Culture and Foreign Policy)



Mathieu Rousselin: „Can Asymmetrical Cooperation be Legitimised? Habermas, Foucault and Spivak on German-Tunisian Cooperation in Higher Education“ Stuttgart: ifa, 2017 (ifa Edition Culture and Foreign Policy)

Weitere Publikationen des ifa finden Sie unter publikationen.ifa.de.

Nach der US-Wahl

„Bereits bestehende transnationale Netzwerke sollten weiter genutzt und unterstützt werden, um den Austausch von Ideen und Perspektiven zwischen den Bevölkerungen zu gewährleisten. Aufgrund der relativ hohen Popularität und des guten Images, welches Deutschland in breiten Teilen der Bevölkerung genießt, ist es besonders lohnenswert sich als Vermittler zwischen europäischen und amerikanischen Werten zu positionieren.“

Die Wahl Donald Trumps zum US-Präsidenten lässt die Zukunft der transatlantischen Beziehungen ungewiss erscheinen. Mit den ersten Monaten im Amt und dem Haushaltsentwurf wird klar, kulturpolitische Programme haben keine Priorität. Sie sollen vielmehr ganz von der staatlichen Ausgabeliste gestrichen werden. Gleichzeitig ist Deutschland im Vergleich zu anderen europäischen Ländern nach wie vor der aktivste Ort für die amerikanischen Public Diplomacy-Programme. Wie können diese langjährigen Kooperationen aufrecht erhalten werden? Welche Auswirkungen hat der politische Richtungswechsel inhaltlich auf die Kulturarbeit? Der Autor der Studie sprach mit Akteuren der deutsch-amerikanischen Kulturbeziehungen und rät trotz eines pessimistischen Meinungsbilds zu Konstanz in der Kulturarbeit.